

# Bereich Bildung/Schule

Nr: 407 / 2

**Unerträgliche Toiletten-Situation im Gebäude der Grundschule Schulstraße 51**

**Rang:** 2

**Stimmen pro:** 918

**Stimmen kontra:** 217

**Stimmen saldo:** 701

**Bezirke:** Kalk

**Vorschlagstext:** Normalerweise würde man in einer Toilette Fliesen auf dem Boden und an den Wänden erwarten, damit der Raum hygienisch sauber gehalten werden kann. Nicht so auf den Toiletten im Schulgebäude in der Schulstraße 51 in Köln Höhenberg. Hier sind nur grob verputzte Wände und ein löchriger Steinboden, der wegen seiner unebenen Struktur gar nicht sauber gehalten werden kann und damit einen idealen Nährboden für Keime bildet. Zwar sind die Toilettenbecken vor kurzem erneuert worden, jedoch wurden Toiletten für Erwachsene eingebaut, die für Grundschüler (zumindest die Erst- und Zweitklässler) viel zu hoch sind. Die Kinder haben Schwierigkeiten, überhaupt auf die Toiletten rauf zu kommen. Während sie auf der Toilette sitzen, müssen sie sich an der Toilettenbrille festhalten, da ihre Beine in der Luft hängen. Die Abroller für das Toilettenpapier sind nicht vorhanden oder verrostet. Auch die Waschbecken, die Seifenspender und die Spender für die Papiertücher sind in einer Höhe montiert, die der Körpergröße der Kinder nicht entspricht. Insgesamt machen die Toiletten einen abstoßenden Eindruck. Jeder weiß, trinken ist wichtig damit es mit dem Lernen auch gut klappt, vor allem, wenn der Schultag nicht mehr nur fünf Stunden, sondern im offenen Ganztage bis zu acht Stunden hat. Aber wenn die Kinder berichten, dass sie den ganzen Tag in der Schule deshalb nichts getrunken haben, weil sie sich davor ekeln, auf die Schultoilette zu gehen, dann muss dringend gehandelt werden. Bitte unterstützen Sie uns dabei, dass die Verwaltung die Toiletten umgehend in einen einwandfreien Zustand versetzt, damit unsere Kinder keine Angst mehr haben müssen, zur Toilette zu gehen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Im Rahmen der im August 2007 erfolgten Verlegung der bis dahin im Schulgebäude Lustheider Str. untergebrachten Außenstelle der Montessori-Grundschule Ferdinandstr. in das Schulgebäude Schulstr. 51 wurden seinerzeit nur Sanierungsmaßnahmen in dem von der Schulverwaltung vorgegebenen Umfang durchgeführt. Die Durchführung weitergehender Sanierungsmaßnahmen ist u. a. von der langfristigen Entwicklung des Schulstandortes Nürnberger Str./Schulstr. im Rahmen der Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst abhängig. Die Angelegenheit befindet sich in der verwaltungsinternen Abstimmung.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:** Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, wie die weitere Entwicklung der Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst erfolgen kann. Dabei ist auch auf den angesprochenen Koordinierungsbedarf einzugehen.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu.

**Nr: 475 / 3**

**OGTS-Räume platzen aus allen Nähten im Gebäude der GS Schulstraße 51**

**Rang:** 3

**Stimmen pro:** 879

**Stimmen kontra:** 188

**Stimmen saldo:** 691

**Bezirke:** Kalk

**Vorschlagstext:**

Es ist 13 Uhr. Der Unterricht ist zu Ende. Jeweils 29 Kinder und zwei Betreuer drängen sich in den beiden Gruppenräumen auf der ersten und zweiten Etage im Gebäude der Grundschule Schulstraße 51 in Köln Höhenberg. Die je 44 qm Grundfläche der Gruppenräume bieten jedem Kind theoretisch 1,4 qm Platz. Natürlich sind die Räume nicht leer sondern enthalten auch Mobiliar, so dass der effektive Platz noch viel geringer ist. Es ist laut, Raum zum Abschalten oder Entspannen gibt es keinen, da Rückzugsmöglichkeiten fehlen. Und es wird noch schlimmer kommen, da der Bedarf an Betreuungsplätzen ab dem Schuljahr 2010/11 auf mindestens 65 steigen wird. Das Raumkonzept der Landesregierung für den GanzTag in NRW sieht pro Kind eine Fläche von 2,5 qm vor. Danach müsste für die derzeit insgesamt 58 Kinder in der OGTS eine Fläche von rund 145 qm zur Verfügung stehen. Tut sie auch, allerdings auf drei Räume über zwei Etagen und drei Flure verteilt, sowie unter Berücksichtigung eines nur zeitweise nutzbaren Mehrzweckraums. Bei dieser Rechnung wurde nur leider übersehen, dass zwar die Summe stimmt, der Platz aber gar nicht sinnvoll genutzt werden kann. Die Betreuungssituation erlaubt es nicht, die Kinder auf die Räume zu verteilen, da stets zwei Betreuer je Gruppe vorhanden sein müssen. Selbst die angrenzenden Klassenräume können außerhalb der Hausaufgabenbetreuung nicht genutzt, da das Mobiliar eine flexible Nutzung nicht zulässt. Wir benötigen dringend zusammenhängenden Platz für die OGTS, im Gebäude, z.B. durch Aufgabe des Experimentes der Unterbringung einer Grundschule und einer Hauptschule in einem Gebäude, oder außerhalb, z.B. in Form von Containern. Die Stadt Köln sagt, es stehe genug Raum zur Verfügung und wir müssen mit der Situation leben. Das sehen wir anders! Wir wollen für unsere Kinder keine Käfighaltung, sondern angemessenen Raum zum Leben und Lernen. Bitte unterstützen Sie uns hier-

bei.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Im Rahmen der momentan laufenden Bedarfsabfrage zur Ermittlung des Ganztagsbedarfs für das Schuljahr 2010/2011 wurde für die Nebenstelle Schulstr. der OGTS Ferdinandstr. ein rechnerischer Bedarf von 68 Plätzen ermittelt. Im jetzt laufenden Schuljahr 2009/2010 befinden sich 58 Kinder im offenen Ganztags. Abzüglich der 9 Viertklässler die zum Schuljahr 2010/2011 ausscheiden werden und zuzüglich der gemeldeten 19 zukünftigen Erstklässler mit Ganztagsbedarf errechnet sich der o.g. Bedarf von 68 Plätzen. Sollten an dem Standort in Abhängigkeit von einer räumlichen Lösung zusätzliche Plätze eingerichtet und demnach das mit Ratsbeschluss vom 24.04.2008 hier vorgesehene Kontingent auf 68 angehoben werden, so betragen die damit verbundenen Mehraufwendungen im HJ 2010 insgesamt 6.337,50 EUR und ab dem HJ 2011 12.675 EUR jährlich. Bezüglich der Platzproblematik hat bereits mehrfach ein Austausch zwischen den verschiedenen Verantwortlichen stattgefunden. Zur Einführung der OGTS hat die Stadt Köln das entsprechende Raumprogramm entwickelt, welches sich an der Zügigkeit orientiert (je Zug 1 Betreuungsraum von ca. 72 qm). Gem. diesem Raumprogramm sind die zur Verfügung gestellten Räume (2 Räume mit je 44 qm sowie 1 Raum mit 28 qm) ausreichend. Ferner sieht das Raumprogramm ausdrücklich vor, dass alle vorhandenen Räume (z.B. auch die Klassenräume) mehrfach zu nutzen sind. Darüber hinaus kann die Offene Ganztagschule zusätzlich zumindest zeitweise noch 1 Mehrzweckraum der Hauptschule nutzen. Bei dem genannten Raumkonzept der Landesregierung NRW sind vermutlich die Orientierungshilfen für Schulbauten der BASS (Bereinigte Amtliche Sammlung der Schulvorschriften) gemeint. Die genannte Fläche von 2,5 qm pro Schüler/in bezieht sich jedoch auf den Unterrichtsbereich einer 1-zügigen Grundschule und nicht auf Ganztagsflächen.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Kalk**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 1243 / 4**

## **Medienausstattung Hölderlin-Gymnasium**

**Rang:** 4

**Stimmen pro:** 784

**Stimmen kontra:** 99

**Stimmen saldo:** 685

**Bezirke:** Mülheim

### **Vorschlagstext:**

Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen unseres Medienkonzeptes am Hölderlin-Gymnasium werden - alle Klassenräume Internetanschluss und WLAN erhalten - für die Klassen 5 bis 9 werden zwei mobile Notebookwagen beschafft - die Schüler erhalten bis zur Klasse 9 Medienkompetenzen in Umgang mit PC und Betriebssystem Windows, Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, erstellen von Präsentationen, Internetrecherchen, 10-Finger-Tast schreiben u.a.m. -Das Kollegium bildet sich gezielt auf internen und externen Fortbildungen fort - Die Oberstufenschüler kaufen privat auf eigene Rechnung Notebooks für den Unterricht (Projekt der Stadt Köln), sodass im Unterricht der Oberstufe jederzeit, wann immer notwendig auf das Medium Notebook und Internet zugegriffen werden kann. Daten wie Unterrichtsaufzeichnungen, Aufgaben, Arbeitsblätter, Hausaufgaben werden auf einer Online-Plattform gespeichert, bzw. zur Verfügung gestellt, sodass hierauf im Unterricht und von zu Hause darauf zugegriffen werden kann. Damit die Medien sinnvoll und effizient eingesetzt werden können, bietet sich der Einsatz von Smart-Boards (elektronische Tafeln) an, die u. a. auch vom MediaCenter der Stadt Köln als sehr sinnvoller Tafelersatz bewertet werden. Wir planen, unsere Klassenräume sukzessive mit diesen Smart-Boards auszustatten. Der Lehrer schließt sein Notebook an diese Smart-Boards an und Tafelbilder (auch aus vorangegangenen Stunden und Unterrichtsreihen), Unterrichtsaufzeichnungen, Präsentationen, Lehrfilme etc. können gezeigt und später erneut aufgerufen werden, was mit herkömmlichen Kreidebildern nicht möglich ist. Smart-Boards sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung unseres Medienkonzeptes, da mit dem Medium Schüler-Notebooks einerseits effektiver unterrichtet werden kann und andererseits eine von Wirtschaft und Hochschulen verlangte Medienkompetenz vermittelt und gelernt werden kann. Wir bitten Sie um Unter-

stützung in der Beschaffung von Smart-Boards für unsere Klassenräume. Das Hölderlin-Gymnasium verfügt insgesamt über 55 Klassen- und Fachräume. Eine schrittweise Ausstattung der Unterrichtsräume mit Smart-Boards würde unsere Anstrengungen, unsere Schüler mit den notwendigen Medienkompetenzen noch besser für Studium und Wirtschaft zu qualifizieren, deutlich voranbringen. Wir haben uns als Schule in Zusammenarbeit mit der Schulleitung, dem Kollegium, der Eltern- und Schülerschaft das Ziel gesetzt, das rechtsrheinische Hölderlin-Gymnasium in Köln-Mülheim zu einem Aushängeschild in der Bildungslandschaft zu machen. Teile konnten wir bisher mit Hilfe der Stadt Köln, Spendengeldern sowie unserem Förderverein umsetzen. Für die Beschaffung der Smart-Boards sind wir auf finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen (1 SmartBoard incl. Installatin ca. 2 600 EUR). Schüler, Eltern und Lehrer wären der Stadt Köln sehr dankbar, wenn Sie uns in der Beschaffung von Smart-Boards unterstützten würden. Mit freundlichen Grüßen i. A. der Schulleitung Raimund Hick, OStR Medienbeauftragter und Leiter DV-Abteilung

#### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Ein entsprechender Ausstattungsantrag der Schulleitung des Hölderlingymnasiums ist bisher nicht gestellt worden. Der Antrag wird auf die Antragsliste der Schulen zur Entscheidung durch den Unterausschuss des Schulausschusses Medien und Kommunikation gesetzt (in diesem Ausschuss kann die Umsetzung von Sonder-Projekten beantragt werden). Sobald die Entscheidung erfolgt, wird die Schule informiert. Die Kosten einer Ausstattung aller Unterrichtsräume in Kölner Schulen werden wie folgt geschätzt: derzeit sind 7.500 Unterrichtsräume ohne Whiteboard. Die Durchschnittskosten pro Whiteboard inklusive Montage betragen 3.800 EUR; eine Ausstattung aller Schulräume würde demnach 28.500.000 EUR Gesamtkosten ausmachen. Die Verwaltung sieht keine finanzielle Möglichkeit und auch Notwendigkeit, diese Schule komplett auszustatten. Der notwendige Kostenumfang würde ca. 210.000 EUR betragen. Es ist zu bedenken, dass die Stadt bereits im Rahmen des CAS-Projektes erhebliche Mittel in die Medienausstattung der Schule investiert hat.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 250 / 5**

## **Rheinische Musikschule - musikalische Bildung für die Zukunft sichern**

**Rang:** 5

**Stimmen pro:** 542

**Stimmen kontra:** 94

**Stimmen saldo:** 448

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Kontinuierliche und qualitätsvolle Unterrichtsangebote erfordern mehr festangestellte Lehrer an der Rheinischen Musikschule Köln. Die Bürger der Stadt Köln benötigen diese wichtigste städtische musikalische Bildungseinrichtung als verlässlichen Partner für die Zukunftssicherung der Ausbildung ihrer Kinder, Schüler und Studenten. Dafür fordere ich für eine dauerhaft stabilisierte Struktur in gesicherten Anstellungsverhältnissen die Umwandlung von Honorarverträgen der qualifizierten und engagierten Lehrerinnen und Lehrer in feste Stellen. Jetzt investieren in musikalische Bildung !

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

An der Rheinischen Musikschule werden wöchentlich 2.620 Stunden zu je 45 Minuten an Musikunterricht erteilt. Für die Durchführung des Unterrichtes sind 128 festangestellte Musiklehrer und 161 Honorarlehrer verantwortlich. Mit der Erhöhung der Unterrichtsstunden geht auch eine Erhöhung der Unterrichtsbelegungen einher. Diese hat sich im letzten Jahrzehnt kontinuierlich von 4.469 (Jahr 2000) um insgesamt 62% auf 7.221 (2009) erhöht. Die Steigerung der Schülerzahl ist im Wesentlichen durch den Aufbau des Fachbereiches "Musik und Schule" zurückzuführen. Durch den kontinuierlichen Stellenabbau (99 Personen) sind in den letzten Jahren fast ausschließlich Honorarlehrer engagiert worden, um der gestiegenen Nachfrage, insbesondere durch die allgemein bildenden Schulen und die Kindertagesstätten, gerecht zu werden. Inzwischen ist die Rheinische Musikschule an 86 Unterrichtsorten im Stadtgebiet tätig. Der Status dieser freien Mitarbeiter, die keiner Weisungsbefugnis unterliegen und im Krankheitsfall keine Honorarzahung erhalten, führt dazu, dass sie die Rheinische Musikschule verlassen, wenn ihnen in anderen Städten, z. B. über Jeki (Jedem Kind ein Instrument), eine Festanstellung angeboten wird. Hierdurch hat

die Musikschule bereits viele Honorarlehrer verloren. Durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) wurde in einem Prüfbericht über alle kreisfreien Städte in Nordrhein Westfalen festgestellt, dass die Rheinische Musikschule mit 2,91 EUR je Einwohner den geringsten Zuschuss durch ihren Träger erhält. Die Umwandlung der Honorarverträge würde diesen Zuschuss um ca. 0,80 EUR je Einwohner (rd. 800.000 EUR) erhöhen, womit die Musikschule immer noch deutlich unter dem Mittelwert (5,24 EUR) der damaligen Berechnung der GPA liegen würde.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

##### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Be-

schlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 547 / 6**

## **Montessorigymnasaium**

**Rang:** 6

**Stimmen pro:** 475

**Stimmen kontra:** 75

**Stimmen saldo:** 400

**Bezirke:** Ehrenfeld

### **Vorschlagstext:**

Wir möchten auf den heruntergekommenen Eindruck des Montessori-Gymnasiums hinweisen, wo wir kürzlich eine sehr schöne Veranstaltung besuchen konnten. Nicht nur die Fassade und das Außengelände sind in einem abstossenden Zustand, sondern das Gebäude scheint so in die Jahre gekommen zu sein, dass an vielen Stellen, auch in der Sporthalle, eine sorgfältige Sarnierung notwendig erscheint. Da diese Schule nun Ganztagschule ist, erscheint eine würdige Umgebung, in der man sich wohlfühlen kann, als Lernatmosphäre sehr wichtig.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Aufgrund des bekanntermaßen schlechten baulichen Zustands der Schulanlage ist mittelfristig eine Generalinstandsetzung beabsichtigt. Darüber hinaus ist aufgrund eines erhöhten Raumbedarfs, u. a. durch die Einführung des Ganztagsbetriebs und die Notwendigkeit zum Ersatz der Fertigbauklassen, eine Erweiterung der Schule notwendig. Für die beabsichtigte Schulerweiterung wird z. Z. aufgrund der schwierigen Grundstücksituation die Realisierbarkeit des Raumprogramms im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft, wobei hierfür voraussichtlich eine Grundstückserweiterung erforderlich sein wird. Ein abschließendes Ergebnis der Voruntersuchung liegt allerdings noch nicht vor. Die Generalinstandsetzung soll aufgrund ansonsten fehlender Ausweichmöglichkeiten nach Fertigstellung der Erweiterungsmaßnahme in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden. Bis zur Umsetzung dieser Maßnahmen werden allerdings vorab bereits einige unaufschiebbare Sanierungen im Gebäudebestand geplant und in Kürze durchgeführt. Hierzu gehört insbesondere die Sanierung der Außentoiletten im Montessori-Zentrum, für die z. Z. die bauvorbereitenden Arbeiten durchgeführt werden. Vorbehaltlich eines störungsfreien Ausschrei-

bungs- und Vergabeverfahrens kann mit einer Bauaufnahme in den Sommerferien 2010 gerechnet werden. Die Kosten sind mit rd. 150.000 EUR ermittelt. Darüber hinaus sind energetische Sanierungsmaßnahmen an der Außenhaut des Gebäudes beabsichtigt, die eine Erneuerung der Dächer, der Fassaden einschließlich Wärmedämmung sowie die Erneuerung der Fensteranlagen und des Sonnenschutzes mit einem Kostenaufwand von rd. 2,5 Mio. EUR umfassen. Auch hierfür werden die vorbereitenden Arbeiten mit Nachdruck betrieben und mit einer Bauaufnahme ab Sommer 2010 gerechnet. Außerdem erfolgt im Gebäude in Abstimmung mit dem Brandschutz eine Ertüchtigung der bestehenden brandschutztechnischen Einrichtungen (Treppenhäuser, Brandmeldeanlage) mit Kosten in Höhe von rd. 200.000 EUR. Die Arbeiten soll ebenfalls im Sommer 2010 ausgeführt werden.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:**

**Votum:** Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

**Nr: 981 / 7**

## **Modernisierung des Montessori Gymnasiums**

**Rang: 7**

**Stimmen pro: 486**

**Stimmen kontra: 96**

**Stimmen saldo: 390**

**Bezirke: Ehrenfeld**

### **Vorschlagstext:**

Unsere Schule ist mittlerweile stark heruntergekommen und eine Sanierung ist leider nur vage geplant, obwohl die dringend nötig wäre. Doch wir, die Schüler des Montessori-Gymnasiums wünschen uns einige Verbesserungen und Sanierungen jetzt: - Neue Sanitäre Anlagen - Neues Mobiliar - Neue Lampen - Neue Medien wie DVD-Player - Solarzellen auf dem Dach des Gebäudes - Eine Verdunklungsmöglichkeit für unser Atrium Des Weiteren wünschen wir uns das mit der geplanten Sanierung 2011 begonnen wird!

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Aufgrund des bekanntermaßen schlechten baulichen Zustands der Schulanlage ist mittelfristig eine Generalinstandsetzung beabsichtigt. Darüber hinaus ist aufgrund eines erhöhten Raumbedarfs, u. a. durch die Einführung des Ganztagsbetriebs und die Notwendigkeit zum Ersatz der Fertigbauklassen, eine Erweiterung der Schule notwendig. Für die beabsichtigte Schulerweiterung wird z. Z. aufgrund der schwierigen Grundstücksituation die Realisierbarkeit des Raumprogramms im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft, wobei hierfür voraussichtlich eine Grundstückserweiterung erforderlich sein wird. Ein abschließendes Ergebnis der Voruntersuchung liegt allerdings noch nicht vor. Die Generalinstandsetzung soll aufgrund ansonsten fehlender Ausweichmöglichkeiten nach Fertigstellung der Erweiterungsmaßnahme in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden. Bis zur Umsetzung dieser Maßnahmen werden allerdings vorab bereits einige unaufschiebbare Sanierungen im Gebäudebestand geplant und in Kürze durchgeführt. Hierzu gehört insbesondere die Sanierung der Außentoiletten im Montessori-Zentrum, für die z. Z. die bauvorbereitenden Arbeiten durchgeführt werden. Vorbehaltlich eines störungsfreien Ausschrei-

bungs- und Vergabeverfahrens kann mit einer Bauaufnahme in den Sommerferien 2010 gerechnet werden. Die Kosten sind mit rd. 150.000 EUR ermittelt. Darüber hinaus sind energetische Sanierungsmaßnahmen an der Außenhaut des Gebäudes beabsichtigt, die eine Erneuerung der Dächer, der Fassaden einschließlich Wärmedämmung sowie die Erneuerung der Fensteranlagen und des Sonnenschutzes mit einem Kostenaufwand von rd. 2,5 Mio. EUR umfassen. Auch hierfür werden die vorbereitenden Arbeiten mit Nachdruck betrieben und mit einer Bauaufnahme ab Sommer 2010 gerechnet. Außerdem erfolgt im Gebäude in Abstimmung mit dem Brandschutz eine Ertüchtigung der bestehenden brandschutztechnischen Einrichtungen (Treppenhäuser, Brandmeldeanlage) mit Kosten in Höhe von rd. 200.000 EUR. Die Arbeiten soll ebenfalls im Sommer 2010 ausgeführt werden.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die in der Stellungnahme der Verwaltung bereits geplanten Sanierungsmaßnahmen sollen wie vorgesehen in 2010 beginnen.

**Votum:** Dem Vorschlag wird entgegen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

**Nr: 984 / 8**

**Max-Ernst-Gesamtschule: Runderneuerung der Ausstattung**

**Rang:** 8

**Stimmen pro:** 408

**Stimmen kontra:** 45

**Stimmen saldo:** 363

**Bezirke:** Ehrenfeld

**Vorschlagstext:**

Die Stadt Köln soll die desolate Ausstattung der Max-Ernst-Gesamtschule in Bocklemünd/Mengenich endlich richtig anpacken. Da die Schule, wie am Namen vielleicht schon zu erkennen, ein Institut ist, das seinen Focus auf die „Kunst??, siehe Kunstgeschichte, Kunst im praktischen Sinne, Theater usw. legt, ist das Ausführen vieler Tätigkeiten dort äußerst schwierig. Der Vorhang in der Mensa, die den Mittelpunkt der Schule darstellt, muss erneuert werden (Theatervorführungen sind dort ein Trauerspiel vor lauter Löcher). Auch die Scheinwerfer und übrige Technik in der Mensa macht eine angemessene Kulissenaufbereitung während einer Vorführung nicht grade einfach. Die Kunsträume haben eine bessere Grundausstattung verdient. Man findet Utensilien, die rund zehn Jahre, und älter sind. Von alten Pinseln und Scheren, bis zu Farben und normalen Wasserbechern, die für Wasserfarben benötigt, und mittlerweile aus alten Butterschachteln angefertigt werden, ist vieles verbesserungswürdig. Auch im sportlichen Bereich gilt es materiell aufzustocken. Von einer einfachen Ballpumpe hin, bis zu neuen Bällen und Springseilen reicht die Liste der Anschaffungen, über die sich Eltern, Lehrer und Schüler sehr freuen würden. Ein weiterer Schwerpunkt bezieht sich auf die Außenanlage der Schule. Diese sollte unbedingt mit neuen Bänken und anderen Sitzgelegenheiten versehen werden, die zum Ausruhen und Sitzen einladen und nicht durch ihre Moos-Grüne Farbe abschrecken. Da die Schule beinahe 900 Schüler beherbergt, wären ein oder zwei neue Tischtennisplatten, oder andere Sportgeräte grade in der Nähe von „Villa Hügel??, wo sich sehr viele Schüler/innen aufhalten, von Vorteil. Weiterhin benötigt ein Teil der bereits bestehenden Sportgerätschaften die eine oder andere Reparatur (z.B. Fußballtore ohne Netze?). Dann hat sich die Schülerschaft dafür ausgesprochen neue Fahnenmasten an einem der Eingänge anzubringen, der in nächster Zeit zum Haupteingang

der Schule gemacht wird. Die alten Fahnenmasten sind bereits total bewachsen und Teil des Waldes geworden. Natürlich wäre es nur allzu logisch der Schule die benötigten Fahnen ebenfalls zu Verfügung zu stellen. Zum Schluss spricht sich die Schule für einen Satz neuer Computer in mindestens einem Raum pro Jahrgang aus. Die Schule hat zwar ihre Computerräume, doch der Schulalltag und die Fortbildung der Schüler am Medium Computer, welches in der Zukunft und auch heute schon eine ziemlich große Rolle spielt und spielen wird, könnte durch die Anschaffung dieser Gerätschaften merklich vereinfacht werden.

#### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Für die Max-Ernst-Gesamtschule wird z.Zt. ein Erweiterungsbau errichtet. Voraussichtlicher Fertigstellungstermin ist Oktober 2010. Im Anschluss daran erfolgt eine Generalinstandsetzung der Trakte C und E sowie der Neubau von 2 Turnhallen. In diesem Zusammenhang erfolgt in enger Abstimmung mit der Schulleitung unter Berücksichtigung der noch weiter verwendbaren Ausstattung eine Neueinrichtung. Hierzu gehören u.a. auch Fachräume sowie die Turnhallen.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 regt an, dass bestimmte Ausstattungsgegenstände der Schule vorab zur Verfügung gestellt werden.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 166 / 9**

## **Neubau Michaeli-Schule-Volksgarten**

**Rang:** 9

**Stimmen pro:** 381

**Stimmen kontra:** 50

**Stimmen saldo:** 331

**Bezirke:** Innenstadt

### **Vorschlagstext:**

Der Rat der Stadt Köln möge das schier endlose Gehangel um den Erbpachtzins endlich aufgeben und allen Kindern und Eltern die 2% Zinssatz geben, damit der Neubau der Schule noch dieses Jahr "in Auftrag" geht!

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Stadt Köln ist bereit, der Michaeli-Schule das städtische Grundstück Vorgebirgswall 4-8 in Köln-Neustadt-Süd im Wege eines Erbaurechtsvertrages für einen Schulneubau zu überlassen. Die intensiv geführten Verhandlungen mit dem Schulträger der Michaeli-Schule (Freie Waldorfschule) haben bisher jedoch noch zu keiner Einigung geführt, wobei vorrangig die gegenteiligen Auffassungen über die Höhe des Erbbauzinssatzes einem Vertragsabschluss entgegenstehen. Nach umfassender Prüfung aller rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten sieht sich die Stadt Köln nicht in der Lage, weitergehende Zugeständnisse hinsichtlich der Vereinbarung eines niedrigeren Zinssatzes zu machen, zumal die bisher gezeigte Bereitschaft der Stadt Köln bereits eine deutlich höhere Unterstützung der Waldorfschule beinhaltet als vom Gesetzgeber im Rahmen des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes vorgesehen ist. Eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit wird durch den Rat der Stadt Köln zu treffen sein.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

**Nr: 285 / 11**

## **Turnhalle für Ensen/Westhoven**

**Rang:** 11

**Stimmen pro:** 307

**Stimmen kontra:** 22

**Stimmen saldo:** 285

**Bezirke:** Porz

### **Vorschlagstext:**

Der Stadtteil Ensen/Westhoven verfügt auf dem Schulgrundstück Berliner Str. 36 über eine Turnhalle, die seit Jahren aufgrund diverser Mängel nicht genutzt werden kann. Keine Turnhalle bedeutet, insbesondere für hunderte Grundschul Kinder, Turnvereine und sonstige Vereine einen erheblichen Mehraufwand. Kinder werden mit mehreren Bussen täglich in andere Stadtteile gefahren, was erhebliche Transportkosten verursacht. Auch Vereine sind mehr damit beschäftigt durch die Gegend zu fahren, diverse Sportangebote mussten gestrichen werden. Hier ist eine dringende Sanierung, bzw. wenn dies nicht umsetzbar wäre, ein Neubau gefordert.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der ehemalige Schulstandort Berliner Str. ist bereits seit Längerem im Einvernehmen mit der Schulverwaltung aus einer schulischen Nutzung herausgenommen worden und wird einer anderen städtebaulichen Nutzung (Wohnungsbau) zugeführt. Bis zur endgültigen Inanspruchnahme für die neue Nutzung wurden Teilbereiche des Schulgebäudes in den letzten Jahren noch als Ausweichmöglichkeit für die Grundschule Hohe Str. genutzt. Nach der inzwischen erfolgten Fertigstellung des Erweiterungsbäudes für die Grundschule ist auch diese Zwischennutzung aufgegeben worden. Die seit Jahren nicht mehr nutzbare Turnhalle am Standort Berliner Str. ist mit einem wirtschaftlich vertretbaren Aufwand nicht zu sanieren. Das städtebauliche Planungskonzept für den Bereich Engelshof/Berliner Str. berücksichtigt jedoch als Ersatz hierfür einen Turnhallenneubau im Planungsgebiet.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.



**Nr: 251 / 12**

## **Gesamtschule in Nippes**

**Rang:** 12

**Stimmen pro:** 290

**Stimmen kontra:** 18

**Stimmen saldo:** 272

**Bezirke:** Nippes

### **Vorschlagstext:**

Errichtung einer Gesamtschule in Nippes, da in diesem Bezirk eine Schule dieser Schulform fehlt. Die Gesamtschule soll als gebundene Ganztagschule mit gymnasialer Oberstufe gegründet werden und behindertengerecht eingerichtet sein.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen. Das pädagogische Konzept kann erst erarbeitet werden, wenn eine kommissarische Schulleitung ernannt ist.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Nippes**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 1416 / 13**

**Gemeinsamer Unterricht: Sofortmaßnahmen zur Umsetzung der UN-Behinderten-Rechtskonvention**

**Rang:** 13

**Stimmen pro:** 264

**Stimmen kontra:** 8

**Stimmen saldo:** 256

**Bezirke:** Gesamt Köln

**Vorschlagstext:**

In Deutschland gehen behinderte Kinder auf Sonderschulen. Ganz selbstverständlich. Wir halten das für falsch. Auch Kinder mit Behinderungen sind in erster Linie Kinder. Sie haben ein Recht darauf, gemeinsam mit anderen Kindern aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Wer sie zehn Jahre lang ? und damit für die gesamte Schulzeit ? von den anderen Kindern trennt und unter ?ihresgleichen? aufwachsen lässt, behindert sie bei der Integration in die Mitte der Gesellschaft. Den fehlenden Kontakt zu nicht (oder anders) behinderten Kindern kann ihnen keine noch so gute Förderung in den Sonderschulen ersetzen. Andere europäische Länder haben dies bereits längst erkannt. Im Schnitt wachsen in Europa mehr als 70 % aller behinderten Kinder integriert auf. In Deutschland sind es gerade einmal 15 %. Integrative Schulen sind hierzulande die große Ausnahme, ein Wahlrecht für Eltern und Schüler besteht de facto nicht. Die Kölner Stadtverwaltung hat dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner öffentlichen Sitzung am 20. April 2009 mitgeteilt: (??) Die Aufnahme in den GU (Gemeinsamen Unterricht) kann nur erfolgen, wenn die Schulaufsichtsbehörde im Zuge eines formellen Verfahrens (?) den GU als geeigneten Förderort festgestellt hat. Der Elternwunsch differiert häufig von der gutachterlichen Einschätzung der Eignung des Kindes. Finden die Eltern auch bei Feststellung des GU als geeignetem Förderort keinen freien Schulplatz sind sie verpflichtet, ihr Kind in einer entsprechenden Förderschule anzumelden. (?)? Diese Praxis verstößt unmittelbar gegen geltendes Völkerrecht. Das ?Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen? der Vereinten Nationen ist seit dem 1. Januar 2009 für Deutschland verbindlich ? bislang leider auch in Köln ohne spürbare Auswirkung. Forderung: In Köln darf ab sofort keinem Kind mehr der

?Gemeinsame Unterricht? verweigert werden. Dafür stellt die Stadt Köln als Schulträger sicher, dass es in jedem Stadtviertel zumindest eine Grundschule mit Gemeinsamen Unterricht gibt. Sie stellt darüber hinaus sicher, dass es in jedem Stadtbezirk zumindest eine weiterführende Schule mit Integrativen Lerngruppen gibt. Die Schulen sind notfalls vom Schulträger zusammen mit der Schulaufsicht anzuweisen. Die Stadt Köln trifft mit der Schulaufsicht ein Einvernehmen, dass grundsätzlich keine Zuweisungen ausschließlich zum Förderort Förderschule mehr getroffen werden. Die Stadt Köln sorgt im Zusammenwirken mit der Landesregierung, der Schulaufsicht und dem Landschaftsverband Rheinland für eine qualitativ hochwertige personelle und sächliche Ausstattung der Schulen mit Gemeinsamen Unterricht und Integrativen Lerngruppen. Sie unterstützt die Schulen notfalls aus eigenen Mitteln mit Sachleistungen, Fortbildungsangeboten und Personal (Sozialarbeitern, Schulpsychologen, Zivildienstleistenden sowie Sozialpädagogen und Erziehern zur Unterstützung im Unterricht, und ggf. im Einzelfall Schulbegleitern). Sie stellt damit sicher, dass die Stadt Köln potenziell für jedes Kind das Recht auf Integration einlösen kann. Begründung: 1 Umsetzung geltender Menschenrechte, siehe oben. 2 Eine repräsentative Befragung von Eltern (56 % Beteiligung) aller Kölner Drittklässler im September 2009 hatte u. a. zum Ergebnis, dass sich 72 % der Eltern den Gemeinsamen Unterricht für ihr Kind wünschen.

#### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung unterstützt das Ziel einer inklusiven Bildung entsprechend der Ausführungen der UN-Charta und damit auch die Intention der Anregung. Ziel muss es sein, den integrativen Unterricht so auszubauen, dass Eltern behinderter Kinder eine wirkliche Wahlfreiheit haben und der Wunsch nach Unterrichtung an den allgemeinen Schulen, insbesondere auch an den weiterführenden Schulen, ermöglicht wird. Der sonderpädagogische Förderbedarf eines Schülers oder einer Schülerin wird weitgehend im Zuge eines gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens (§ 19ff SchulG; AO-SF) festgestellt. Im Bescheid der Schulaufsichtsbehörde wird dabei auch der Förderort - Förderschule oder Gemeinsamer Unterricht - festgelegt. Die Zuständigkeit für die Anmeldeempfehlung liegt mithin bei der Schulaufsicht, nicht bei der Stadt Köln als Schulträger. Das Platzangebot im GU hängt einerseits ab von der Bereitschaft der Schulen zu entsprechendem Engagement. Neben der Beteiligung der Stadt Köln an dem Schulversuch in NRW mit 2 Kompetenzzentren für Sonderpädagogische Förde-

Die Verwaltung im restlichen Stadtgebiet um Schulen, die bereit sind, als GU-Schulen integrativen Unterricht anzubieten (Umfrage zur Bereitschaft der Schulen für GU, Einzelgespräche mit Schulen, Beratungsangebote Schulaufsicht). Die Verwaltung sieht sich in ihren Bemühungen durch den Elternwillen bestätigt. Die Elternbefragung von Drittklässlern im September 2009 ergab, dass 72% der antwortenden Eltern einen gemeinsamen Unterricht befürworten, wenn die Förderbedingungen für alle Kinder stimmen. Zum anderen - und entscheidend - hängt das Platzangebot im GU von den zur Verfügung stehenden Sonderpädagoginnenstellen ab. Daher fordert die Verwaltung in Gesprächen und durch Schriftwechsel mit dem Schulministerium und in Unterstützung des Städtetages NRW wiederholt und nachdrücklich, die Personalausstattung für die Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts zu verbessern. Der Bezirksregierung Köln stehen nur wenige Stellen für eine Ausweitung des GU in Köln zur Verfügung, sie hat jedoch bisher in allen Fällen, in denen neue Schulen Interesse angemeldet haben, die Entwicklung zur GU-Schule konstruktiv gefördert und ermöglicht. Die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Sicherung des Elternwahlrechts liegt ebenfalls in der Zuständigkeit des Landes NRW. Auch dieses Anliegen hat die Kölner Verwaltung gegenüber dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW bereits mehrfach vorgetragen und auch den Städtetag um entsprechende Unterstützung gebeten. Dieser hat das Land aufgefordert, eine Änderung des Schulgesetzes zur Sicherung des Elternrechts auf die Wahl des sonderpädagogischen Förderortes vorzunehmen unter Wahrung des Konnexitätsprinzips. Lediglich die Schaffung der sächlichen und räumlichen Voraussetzungen liegt in der Zuständigkeit der Stadt Köln als Schulträger. In den vergangenen Jahren wurde im Zuge von Schulsanierungen die Zahl rollstuhlgerechter Schulgebäude deutlich erhöht. Durch die Entwicklung und sukzessive Umsetzung einer neuen Schulbauleitlinie, die die Verwaltung dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner Sitzung am 24.08.2009 zur Kenntnis gebracht hat, will die Stadt Köln als Schulträger den spezifischen Raumanforderungen Rechnung tragen, die sich durch den differenzierten Unterricht sowie den individuellen Lern- und Förderbedarf in heterogenen Gruppen ergeben. Abschließend ist festzuhalten, dass die Stadt Köln die Erfüllung der Anregung, ab sofort allen Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, deren Eltern eine integrative Schule fordern, einen Platz im Gemeinsamen Unterricht anzubieten, nicht zusichern kann, da ihre Umsetzung entscheidend

von der Landesregierung abhängig ist.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

#### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 301 / 14**

## **Mehr Sozialpädagogen für die TAS**

**Rang:** 14

**Stimmen pro:** 259

**Stimmen kontra:** 10

**Stimmen saldo:** 249

**Bezirke:**

### **Vorschlagstext:**

Die TAS ist eine staatlich anerkannte Schule des Zweiten Bildungsweges. Sie ermöglicht sozial benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen haben, den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses, des mittleren Bildungsabschlusses und der Fachhochschulreife. Die TAS hat über 1160 Schüler/innen. Die meisten von ihnen bringen ein Bündel an sozialen Problemen mit, das bisher eine erfolgreiche Integration verhindert hat. Um diese jungen Menschen nachhaltig in Schule und Beruf zu integrieren, ist über das normale Angebot der TAS hinaus eine umfangreiche sozialpädagogische Betreuung notwendig, für die kein Geld vorhanden ist. Deshalb schlage ich vor, der TAS für verschiedene Aufgaben (Betreuung von allein erziehenden jungen Müttern, Jungenförderung und Gewaltprävention) insgesamt 3 Sozialpädagogenstellen zu finanzieren.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ) als Trägerverein der Tages- und Abendschule Köln (TAS) erhält derzeit aufgrund des mit der Stadt Köln bestehenden Vertrages einen Zuschuss in Höhe von rd. 1,74 Mio EUR jährlich. Eine in den Jahren 2008 und 2009 gezahlte zusätzliche Förderung zur Finanzierung der seit dem letzten Tarifabschluss deutlich gestiegenen Personalkosten kann derzeit aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung (noch) nicht gewährt werden – hier bleibt das Inkrafttreten des Haushaltsplans 2010 abzuwarten. Mit dem vertraglich vereinbarten Zuschuss finanziert der VFJ neben seinem Eigenanteil als Schulträger einer staatlich anerkannten Ersatzschule auch sozialpädagogische Betreuung seines Klientels. Bisher hält der VFJ 16,5 Sozialpädagogenstellen für die im Vorschlag genannten Zwecke vor. Hiervon werden 4,25 Stellen aus dem

Zuschuss der Stadt Köln finanziert. Angesichts der besonderen Zielgruppe ist eine weitergehende sozialpädagogische Betreuung der Schülerinnen und Schüler sicherlich äußerst sinnvoll. Bei einer Finanzierung der Mehrstellen durch die Stadt Köln hätte dies eine Zuschusserhöhung von derzeit rd. 200.000 EUR zur Folge.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 380 / 15**

## **Hauptberufliche Dozenten der VHS unterbezahlt!**

**Rang:** 15

**Stimmen pro:** 260

**Stimmen kontra:** 46

**Stimmen saldo:** 214

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Seit 1994 haben die Dozenten der VHS im Gegensatz zu den städtischen Angestellten keinerlei Honorarerhöhung erhalten. Vor allem die Dozenten der Sprachkurse, insbesondere der Deutsch- und Integrationskurse, gehen ihrer Lehrtätigkeit hauptberuflich nach und unterrichten bis zu 40 Wochenstunden. Die Vergütung liegt bei ca. 19,--? pro Stunde; Vor- und Nachbereitung, Fortbildungen, Feiertage, Urlaube, Krankheitszeiten und Unterrichtsausfälle werden nicht bezahlt. Die Dozenten tragen ihre Sozialabgaben (Renten- und Krankenversicherung) zu 100% selbst, sie sind nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert. Wir sind hochqualifizierte, engagierte LehrerInnen, die sich oft weit über die bezahlte Arbeitszeit für die Teilnehmer der VHS, insbesondere die der Integrationskurse einsetzen. Unsere Bitte um Anpassung der Honorare wurde über die Jahre immer mit der ?schwierigen Wirtschaftslage? abgelehnt. Eben mit dieser Begründung wurden aber soeben die Aufwandentschädigungen für die Ratsmitglieder erhöht, denn diese sollten nicht unter der ?schwierigen Wirtschaftslage? leiden. Unsere soziale Situation ist mittlerweile als prekär zu bezeichnen. Aus diesem Grunde fordern wir die Anhebung unserer Honorare auf 44,--? p.Std. oder alternativ die Übernahme von 50% unserer Sozialabgaben durch die Stadt Köln.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Bei dem im Vorschlag genannten Personenkreis handelt es sich durchgängig um Freiberufler; die in der Überschrift benutzte Bezeichnung "hauptberufliche Dozenten" ist insofern zumindest irreführend. Die entsprechenden Personen stehen nicht in einem Arbeitsverhältnis zur Stadt Köln, insofern finden auch die für Arbeitnehmer geltenden arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen inklusive des Tarif-

vertrages für den öffentlichen Dienst keine Anwendung. Die Honorare für die freiberuflichen Dozentinnen und Dozenten der VHS Köln bewegen sich mit durchschnittlich 19 EUR je Unterrichtsstunde im unteren Mittelfeld des bei Volkshochschulen üblichen. Bei einer Erhöhung der Honorare - wie vorgeschlagen - auf 44 EUR pro Unterrichtsstunde würden sich die Mehrausgaben auf ca. 4,6 Mio. EUR/Jahr. belaufen. Bei einer moderateren Erhöhung abweichend vom Vorschlag um beispielsweise 1 EUR auf durchschnittlich 20 EUR je Unterrichtsstunde ergäben sich bei dem gegenwärtigen Unterrichtsvolumen Mehraufwendungen von rd. 160.000 EUR jährlich. Die Übernahme von 50% der Sozialabgaben ist aus arbeitsrechtlichen Gründen abzulehnen. Sie würde Mehrausgaben von ca. 1 Mio. EUR/Jahr verursachen. Mit der gegebenenfalls erforderlichen Einführung eines Antrags- und Bewilligungsverfahrens zur anteiligen Erstattung von Sozialversicherungsbeiträge an rd. 1.000 Freiberufler würden außerdem in erheblichem Umfang Personalressourcen gebunden, für die derzeit keine ausreichenden Kapazitäten vorhanden sind.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanabschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 1238 / 16**

**KARS braucht dringend Unterstützung durch einen Sozialarbeiter**

**Rang:** 16

**Stimmen pro:** 213

**Stimmen kontra:** 10

**Stimmen saldo:** 203

**Bezirke:** Innenstadt

**Vorschlagstext:**

Die Konrad-Adenauer-Real- und Aufbaurealschule (KARS) benötigt die Schaffung einer Sozialarbeiterstelle. Die KARS hat als typische Innenstadtschule einen 70%igen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Etwa die Hälfte der Kinder spricht im Elternhaus kein Deutsch. Der Migrationshintergrund der Schüler soll aber nicht als Problem angesehen werden, sondern auch als Chance erkannt werden, voneinander zu lernen und miteinander Spaß zu haben. Viele Schülerinnen und Schüler kommen vorbelastet mit familiären Problemen oder gesundheitlich beeinträchtigt in die Schule. Die Lehrerinnen und Lehrer versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, um Probleme aufzufangen, doch sind sie angesichts der komplexen Problemlagen hiermit häufig überfordert. Gewalt unter den Schülern, Vandalismus und auch eine außergewöhnliche Suchtanfälligkeit sind die Folge. Eine weitere Besonderheit kommt noch hinzu: Die KARS ist eine Aufbaurealschule. Das heißt, ab der Klasse sieben kommen in der Größenordnung von zwei Schulklassen Schülerinnen und Schüler hinzu, die durch das Raster anderer Schulformen gefallen sind oder die als gute Hauptschüler ihren Weg hierher finden. Beide Schülergruppen haben in der Regel einen hohen Förderbedarf gerade in Bezug auf grundlegende soziale Kompetenzen. Diesen Schülern fühlt sich die Schule besonders verpflichtet. Um jedoch wirklich "aufbauen" zu können, braucht die Schule dringend einen Sozialarbeiter. Die KARS ist seit diesem Schuljahr zu einer Ganztagschule geworden. Die Kinder verbringen nun einen Großteil ihrer Zeit an der Schule und sind damit für pädagogische Anliegen greifbar. Die Lehrerschaft der Schule hat sich in den letzten Jahren sehr verjüngt und versucht mit vielen neuen Ideen und viel Leidenschaft die Kinder zu fördern. Um das soziale Klima an der Schule nachhaltig zu verändern, ist die zusätzliche Verankerung eines Profis auf diesem Gebiet - eines Sozialarbeiters -

unbedingt notwendig. Sozialarbeit rechnet sich. Die Wirkkraft dieser Arbeit wurde in zahlreichen Modellversuchen bewiesen. Entstehende Kosten rechtfertigen sich durch Minderung von Entwicklungs- und Schulschwierigkeiten der jungen Menschen. Schüler, Eltern und Lehrer sind auf ein breites gesellschaftliche Engagement angewiesen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung für unser Anliegen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

In der Vergangenheit lag ein besonderer Fokus auf der Ausweitung von Schulsozialarbeiterstellen an Grund-, Haupt- und Förderschulen. So beschloss der Rat der Stadt Köln am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Teil des Maßnahmenpaketes war die Erweiterung der bisherigen 14 Schulsozialarbeiterstellen um weitere 4 Stellen für Haupt- und Förderschulen. Die Besetzung erfolgte zum Schuljahresbeginn am 01.08.2008. In der Ratssitzung vom 30.06.2009 wurde die Erweiterung um weitere 23 Stellen der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010 beschlossen. 10 Stellen werden über freie Träger der Jugendhilfe und 13 Stellen über die Stadt Köln besetzt. Die hieraus entstandenen Schulsozialarbeiterstellen wurden in ausgewählte Grundschulen integriert. Im Mittelpunkt der präventiven Arbeit durch Schulsozialarbeit liegt das möglichst früh ansetzende und regelmäßige Training sozialen Verhaltens in Gruppen und Klassen. Die eingesetzten Fachkräfte werden von Schülerinnen und Schülern nicht nur durch die Vermittlung von Lehrkräften für Hilfestellungen eingefordert sondern auch eigeninitiativ von Kindern und Jugendlichen aufgesucht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit bei den Zielgruppen bereits als niederschwelliges Angebot anerkannt und genutzt wird. Das Zusammenspiel von Lehrkräften und Schulsozialarbeit erweist sich als sinnvolle Maßnahme um den individuellen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen mit ihren Problematiken begegnen zu können. Schulsozialarbeit ist noch nicht flächendeckend in allen Schulen Standard. Hierzu wären erhebliche Mittel erforderlich die in der aktuellen Haushaltsituation nicht zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Kosten je Stelle würden sich auf ca. 57.000 EUR/Jahr belaufen.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.



**Nr: 618 / 17**

**Buszufahrt Pestalozzi-Schule Wahnheide**

**Rang:** 17

**Stimmen pro:** 186

**Stimmen kontra:** 6

**Stimmen saldo:** 180

**Bezirke:** Porz

**Vorschlagstext:**

Die Pestalozzi-Schule in Porz-Wahnheide benötigt dringend eine neue, separate Buszufahrt, da bislang die Schulbusse nicht auf dem Schulgelände wenden können. Es ist jedoch wichtig, dass die behinderten Kinder bis unmittelbar an das Schulgebäude gebracht werden können.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Planung für den Ausbau einer neuen Buszufahrt für die behinderten Kinder ist bereits seit längerem abgeschlossen, so dass ein Ausbau kurzfristig erfolgen könnte. Für die Realisierung der Maßnahme ist allerdings der Ankauf eines Grundstückes erforderlich, das sich im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben befindet. Der Ankauf ist trotz bisheriger Anstrengungen der Verwaltung (u. a. wegen der Kaufpreisforderungen der Bundesanstalt) noch nicht zum Abschluss gekommen. Die Verwaltung ist weiterhin intensiv um eine Einigung bemüht.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 904 / 18**

## **Schülerticket auch für Grundschüler**

**Rang:** 18

**Stimmen pro:** 185

**Stimmen kontra:** 7

**Stimmen saldo:** 178

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Momentan können Grundschüler kein von der Stadt unterstütztes Schülerticket erhalten, wie dies für alle Schüler weiterführender Schulen der Fall ist. Insbesondere für Kinder die (speziell pädagogisch ausgerichtete) Grundschulen besuchen, die weiter von ihrem Wohnort entfernt und nicht zu Fuß zu erreichen sind, besteht aber die Notwendigkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Die Kinder müssen dann in teilweise stark überfüllten Bahnen ein 4er-Ticket abstempeln. Zusätzlich entstehen den Eltern ca. 40 Euro Ticketkosten pro Monat. In anderen Städten z.B. Bonn gibt es das Schülerticket schon lange auch für Grundschüler. Deshalb fordern wir die Stadt auf Grundschüler und Schüler weiterführender Schulen endlich gleich zu behandeln und das Schülerticket auch für Grundschüler zu ermöglichen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Das Schülerjahresticket im Primarbereich kostet derzeit 50,70 EUR monatlich im Abo, das Schülerticket an den weiterführenden Schulen lediglich 16,10 EUR monatlich. Zum Thema Einführung eines Schülertickets für den Primarbereich gab es im Mai 2009 eine Besprechung mit Ratsmitgliedern, Vertretern der KVB und der Schulverwaltung mit dem Ergebnis, dass ab Schuljahr 2010/11 jede Primarschule eigenständig über die Annahme des Angebots entscheiden soll. Neben dem an den Verkehrsträger zu zahlenden Finanzbeitrag wären dann aber von der Stadt zusätzliche Kosten für die freifahrtberechtigten Schüler zu übernehmen, da diese lediglich einen Teil der Kosten selber finanzieren müssen. Eine entsprechende Beschlussfassung durch den Rat war beabsichtigt, wurde aber angesichts der gesamten Finanzsituation der Stadt Köln nicht herbeigeführt. Bei Umsetzung der Maßnahme entstünden, bei Berücksichtigung einer Preissteigerung von 3,5 % jährlich, Zusatzkosten von:

2010: 35.000 EUR 2011: 72.450 EUR 2012: 74.986 EUR 2013: 77.610 EUR 2014:  
80.327 EUR

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **Bezirksvertretung Nippes**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 799 / 19**

## **Sanierungsbedarf an der Kaiserin-Theophanu Schule in Köln-Kalk**

**Rang:** 19

**Stimmen pro:** 176

**Stimmen kontra:** 1

**Stimmen saldo:** 175

**Bezirke:** Kalk

### **Vorschlagstext:**

Sehr geehrte Damen und Herren, das Gebäude des o.g. Gymnasiums befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Marode Wände, zugige Fenster und miserable Ausstattung tragen nicht zu einer angenehmen Lernatmosphäre bei. Der Stundenplan wird nicht nach pädagogischen Gesichtspunkten zusammengestellt, sondern um den Belegungsplan der zu kleinen und baufälligen Turnhalle konstruiert. Daher beantrage ich die kurzfristige Umsetzung des bereits im April d.J. von der Bezirksvertretung beschlossenen Vorhabens. Dies bedeutet für das Budget der Stadt keine Aufwandserhöhung, sondern es wird nur eine zeitnahe Umsetzung zum Wohle der Kinder gewünscht!

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

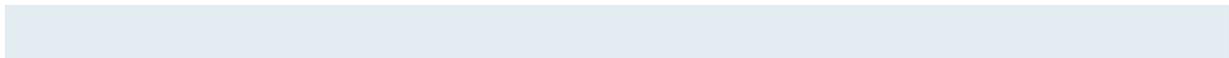
Die Planungsaufnahme für eine Erweiterung des Gymnasiums Kantstr. (Kaiserin-Theophanu-Schule) ist beauftragt. Das der Planung zugrunde liegende Raumprogramm umfasst 31 Unterrichtsräume, mit denen gleichzeitig auch die vorhandenen maroden Fertigbauklassen ersetzt werden, sowie den Neubau einer dreiteilbaren Sporthalle. Aufgrund der bereits bestehenden Bebauung und der sehr beengten Grundstückssituation ist die Realisierung des vorgegebenen Raumprogramms allerdings äußerst problematisch und muss daher zunächst im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft werden. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Darüber hinaus ist eine Generalinstandsetzung des Altbaus beabsichtigt, deren Durchführung allerdings erst nach Abschluss der Schulerweiterung angegangen werden kann, da für die Dauer der Sanierung keine geeigneten Auslagerungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen würden.

## Voten Bezirksvertretungen:

### Bezirksvertretung Kalk

**Freitext:** Das Bauvorhaben ist zügig weiter zu planen und umzusetzen. Der Bezirksvertretung Kalk ist regelmäßig über den Sachstand zu berichten

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu.



**Nr: 1577 / 21**

**Unterstützung bei Schulgründung: eine inklusive Schule im Kölner Süden für alle Kinder**

**Rang:** 21

**Stimmen pro:** 172

**Stimmen kontra:** 6

**Stimmen saldo:** 166

**Bezirke:** Gesamt Köln

**Vorschlagstext:**

Zum Schuljahr 2011/2012 soll im Kölner Süden eine "Schule für alle" ihren Betrieb aufnehmen: die "Offene Schule Köln" im Kölner Süden. Sie richtet sich an Kinder mit unterschiedlichen Begabungen, mit und ohne spezifischen Förderbedarf, mit Hochbegabungen und unterschiedlichem familiärem Hintergrund, die hier in den Jahrgangsstufen 5 bis 13 im Gemeinsamen Unterricht individuell lernen sollen und gefördert werden. Initiiert und vorangetrieben wird das Projekt von dem eingetragenen Verein "Netzwerk inklusive Schule Köln?". Die geplante Einrichtung ist als private Ersatzschule organisiert, die in Anlehnung an das reformpädagogische Konzept der Jenaplan Schule arbeitet, und bietet öffentlichen Schulen der Primar- sowie Sekundarstufen I und II neue Kooperationsmöglichkeiten. Der Bedarf für die neue Schule ist hoch: Die Integrierte Gesamtschule Rodenkirchen musste allein im Schuljahr 2009/10 rund 100 Regelkinder ablehnen, die integrative Ernst-Moritz-Arndt-Schule 30 Kinder. Viele Kinder mit Förderbedarf sind oft aufgrund der unzureichenden Kapazitäten gezwungen, gegen ihren und dem Willen ihrer Eltern eine Sonderschulen zu besuchen - auch wenn sie in der Grundschule noch integrativ unterrichtet wurden! Die aktuelle Befragung des Bildungsdezernats unter allen Eltern der Kölner Drittklässler zeigt, dass sich 72 Prozent der Befragten den Gemeinsamen Unterricht in weiterführenden Schulen dringend wünschen. Und über Zweidrittel der Eltern sind für ein längeres gemeinsames Lernen in einer Gesamtschule. Die geplante inklusive Schule ist folglich ein konsequenter richtiger und wichtiger Schritt. Dieses Projekt bedarf der Unterstützung durch die Stadt Köln.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Das Netzwerk "Inklusive Schule Köln e.V." steht in Kontakt mit der Verwaltung. Ziel des Netzwerkes ist es, eine Teilfläche aus der im Bebauungsplan-Plan "Sürther Feld" ausgewiesenen Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbindung Schule für die Errichtung eines privaten Schulgebäudes zu nutzen. Bevor eine Aussage über die Abgabe von Teilflächen der Fläche getroffen werden kann, muss unter Berücksichtigung des aktuell vorliegenden Antrags im Rat der Stadt Köln zur Errichtung eines weiteren Gymnasiums im Stadtbezirk Rodenkirchen geklärt werden, ob Flächen in ausreichender Größe verfügbar gemacht werden können.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 817 / 23**

**KGS Forststraße: Hilferuf nach neuen Toiletten!**

**Rang:** 23

**Stimmen pro:** 141

**Stimmen kontra:** 5

**Stimmen saldo:** 136

**Bezirke:** Kalk

**Vorschlagstext:**

Die Schülertoiletten der KGS Forststraße befinden sich seit längerem in einem desolaten Zustand. Daraus ergeben sich manifolde Probleme: Kinder halten ein, bis sie Bauchschmerzen haben. Kinder ekeln sich, "kreative" Jungen nutzen den Schulgarten. Alle bisherigen Bemühungen haben leider zu keiner Veränderung geführt.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 das von der Verwaltung erarbeitete Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen mit einem Kostenaufwand von rd. 16,3 Mio. EUR beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung des Programms innerhalb der nächsten beiden Jahren beauftragt. An der sukzessiven und termingerechten Umsetzung des sehr umfangreichen Sanierungsprogramms arbeitet die Verwaltung mit größtem Nachdruck. Die Toilettenanierung der Grundschule Forststr. ist Bestandteil dieses Programms. Allerdings wird aufgrund der schlechten Bausubstanz der gesamten Schulanlage eine Generalinstandsetzung der Schule angestrebt. Sollte sich herausstellen, dass diese Gesamtmaßnahme nicht finanzierbar ist und daher auf einen späteren Realisierungszeitraum aufgeschoben werden muss, wird auf jeden Fall die Sanierung der Toilettenanlagen vorgezogen.

**Voten Bezirksvertretungen:**

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Kalk stellt fest, dass die Toiletten der KGS Forststraße dringend sanierungsbedürftig sind und unterstützt die Umsetzung des Projektes.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu.

**Nr: 1396 / 24**

## **Etat für Reparaturen an Schulen**

**Rang:** 24

**Stimmen pro:** 139

**Stimmen kontra:** 5

**Stimmen saldo:** 134

**Bezirke:**

### **Vorschlagstext:**

Einführung eines Etats, von dem die Schule schnell und unbürokratisch kleine Reparaturen ausführen lassen können ( tropfender Wasserhahn, defekte Lampen,...). Die Gebäudewirtschaft ist chronisch unterbesetzt und mit allen Anforderungen seitens der Schulen überfordert. Mit einem eigenen Etat könnte an den Schulen schneller Abhilfe geschaffen werden.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Grundsätzlich sind die Schulhausmeister in die Lage versetzt, kleinere Reparaturen, wie oben beschrieben, auszuführen. Den Schulen steht ein sog. "Hauspflegerkredit" zur Verfügung, aus dem die Beschaffung von Kleinmaterialien finanziert werden kann. Die Reparaturen von darüber hinausgehenden und gemeldeten Schäden werden umgehend beauftragt.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 922 / 25**

## **KTS-Gymnasium in Kalk sanieren**

**Rang:** 25

**Stimmen pro:** 136

**Stimmen kontra:** 2

**Stimmen saldo:** 134

**Bezirke:**

### **Vorschlagstext:**

Unser Kind geht zur KTS in Kalk. Dort engagieren sich Eltern bemerkenswert mit Eigenleistungen in der Schule ? angefangen von baulichen Maßnahmen auf dem Schulhof bis zu Anstrichen und Dekoaktionen in Eigenleistung. Die marode Turnhalle muss dringend neu gebaut werden. Das Schulgebäude ist ebenfalls sanierungsbedürftig. Über 800 Kinder gehen dort zur Schule und sollen in sicheren und ordentlichen Verhältnissen lernen dürfen. Eine zeitnahe Umsetzung wäre möglich, da die Mittel bereits im Frühjahr bewilligt wurden, aber noch nicht frei gegeben sind.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Planungsaufnahme für eine Erweiterung des Gymnasiums Kantstr. (Kaiserin-Theophanu-Schule) ist beauftragt. Das der Planung zugrunde liegende Raumprogramm umfasst 31 Unterrichtsräume, mit denen gleichzeitig auch die vorhandenen maroden Fertigbauklassen ersetzt werden, sowie den Neubau einer dreiteilbaren Sporthalle. Aufgrund der bereits bestehenden Bebauung und der sehr beengten Grundstückssituation ist die Realisierung des vorgegebenen Raumprogramms allerdings äußerst problematisch und muss daher zunächst im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft werden. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Darüber hinaus ist eine Generalinstandsetzung des Altbaus beabsichtigt, deren Durchführung allerdings erst nach Abschluss der Schulerweiterung angegangen werden kann, da für die Dauer der Sanierung keine geeigneten Auslagerungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen würden.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.



**Nr: 1461 / 26**

**kulturelle Bildung für Kinder - feste Vollzeitstelle für Theaterpädagogik**

**Rang:** 26

**Stimmen pro:** 137

**Stimmen kontra:** 4

**Stimmen saldo:** 133

**Bezirke:** Gesamt Köln

**Vorschlagstext:**

Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie kulturelle Bildung erfahren, soziale Kompetenzen erlangen und sich ausprobieren können. Die Kammeroper Köln in Köln-Rodenkirchen setzt sich sehr für diese kulturelle Bildung ein, geht in gesamt Köln direkt in Schulen, bietet auch direkt in der Kammeroper Köln verschiedene Workshops und ist führend in Köln für anspruchsvolles Kindermusiktheater, welches Kinder auch interaktiv in die Vorstellungen einbezieht und somit das Theatererlebnis für Kinder ganz besonders werden läßt. Dafür ist aber eine Vollzeitstelle für einen Theaterpädagogen notwendig, damit dieses Angebot aufrecht erhalten und vor allem auch ausgebaut werden kann, da der Bedarf daran sehr groß ist. Eine Förderung von Kultur für Kinder ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft, den die Kinder von heute sind die Zukunft von morgen.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Grundsätzlich sind dezentrale Angebote sehr zu befürworten, insbesondere wenn diese in enger Kooperation mit bestehenden, verbindlichen Strukturen wie Schulen (oder dem Jugendbereich) stattfinden. Nicht in im Hinblick auf die der angespannte Haushaltslage, sondern auch Hinsichtlich der Effektivität ist die zusätzliche Einrichtung einer festen Vollzeitstelle fraglich. In der Stadt Köln gibt es eine funktionierende Förderstruktur (Kulturamt/ Theater- und Musikreferat), sowie das Handlungsfeld kulturelle Bildung. Erfahrene, professionelle Projektleiter in freier Tätigkeit könnten ein solches Projekt durchaus qualifiziert leiten. Ob eine Bereitstellung von Projektmitteln (z. B. zur Finanzierung von Projektleitern per Honorarvertrag zur Maßnahmenbetreuung) für die Kammeroper unter finanziellen Gesichtspunkten jedoch möglich ist, er-

scheint fraglich.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 58 / 27**

## **Schulklassen verkleinern**

**Rang:** 27

**Stimmen pro:** 138

**Stimmen kontra:** 9

**Stimmen saldo:** 129

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Durch die Verkleinerung der Schulklassen auf 15-20 Kinder lernen die Schüler nachweislich viel effektiver weil der/die Lehrer/in sich viel mehr um den einzelnen Schüler bemühen kann. D.h. zwar mehr Personal, am Ende aber hat ein Kind den Unterrichtsstoff wesentlich schneller begriffen und die Lehrerschaft hat wesentlich weniger Arbeit mit den Kindern, welche sich z.B. später entwickeln. Tatsächlich ergibt sich hieraus eine zeitliche Sparmaßnahme für Lehrer und Schüler, welche letztendlich Aggressionen und Unterrichtsfrust abbauen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtsbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Sie hat die Fachaufsicht für Unterrichtsfächer und -inhalte, Beratungs- und Steuerungsfunktion bei schul- und schulformbezogenen Angelegenheiten, Feststellung des Unterrichtsbedarfs und Stellenbewirtschaftung, Qualitätsentwicklung und Sicherung von Schule und Unterricht.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vor-

schläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 1395 / 28**

## **Aufstockung der Putzzeiten an Schulen**

**Rang:** 28

**Stimmen pro:** 130

**Stimmen kontra:** 2

**Stimmen saldo:** 128

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Die Putzzeiten sind seit Einführung der OGTS nicht erhöht worden. Die Kräfte müssen mehr Räume in weniger Zeit putzen. Das funktioniert absolut nicht und führt dazu, dass regelmäßig Eltern und Lehrer zusätzlich die regelmäßige Grundreinigung übernehmen müssen. Das kann und darf nicht sein.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Reinigungsleistungen in den Schulen werden in dem durch die Verwaltung beauftragten und finanzierten Umfang durchgeführt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierungen für 2010 konnte bisher auf eine Reduzierung der Reinigungsleistungen in den Schulen verzichtet werden. Sofern zusätzliche Finanzmittel bereit gestellt werden, können die Reinigungsleistungen in den Schulen intensiviert werden.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 48 / 29**

## **Ein gemeinsames Konzept für saubere Toiletten an Schulen**

**Rang:** 29

**Stimmen pro:** 137

**Stimmen kontra:** 10

**Stimmen saldo:** 127

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Alle Schulen haben das gleiche Problem mit verdreckten Toiletten. Sollte man nicht mal einen Wettbewerb ausschreiben für die besten und erfolgreichsten Ideen. Oder einfach mal eine gemeinsame Idee entwickeln, so überlegt jede Schule für sich und es wird unglaublich viel Zeit und Geld investiert, welches gebündelt bestimmt Erfolgs versprechender wäre.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat der Stadt Köln hat am 04.03.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Zeit-/Maßnahmenprogramm, eine Prioritätenliste sowie einen Kostenplan zur Sanierung der Toilettenanlage an Schulen und in Sporthallen zu erstellen. Das durch die Verwaltung erarbeitete Konzept beinhaltet auch die erarbeiteten Maßnahmen zur Verbesserung des Nutzungsverhaltens der Schüler/-innen, um die Nachhaltigkeit der Toilettensanierungen zu sichern. Zur Umsetzung des Ratsbeschlusses ist es zwingend erforderlich, dass u.a. die einzelnen Schulen sich für eine oder mehrere der vorgeschlagenen Maßnahmen entscheiden und dies durch einen entsprechenden Beschluss der Schulkonferenz dokumentieren. Nur in diesem Fall wird die Sanierung beauftragt werden.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 306 / 31**

## **Mehr Schulpsychologen und Sozialpädagogen an Schulen**

**Rang:** 31

**Stimmen pro:** 130

**Stimmen kontra:** 7

**Stimmen saldo:** 123

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Meiner Meinung nach brauchen Schulen - insbesondere in Großstädten wie Köln - mehr Psychologen/innen und Sozialpädagog/innen. Die Lehrer im Unterricht sind z.B. durch die großen Klassen, die Korrekturen sowie durch die neuen zentralen Abschluss-Prüfungen stark eingebunden und es fällt ihnen häufig schwer, neben der stofflichen Vermittlung, auf die Probleme der Schüler einzugehen. Psychologen und Sozialarbeiter sind - wenn überhaupt - jedoch nur mit einem geringen Stundenbudget an Schulen vertreten. Auch sind sie als Ansprechpartner für die Schüler zu wenig bekannt.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

In der Vergangenheit lag ein besonderer Fokus auf der Ausweitung von Schulsozialarbeiterstellen an Grund-, Haupt- und Förderschulen. So beschloss der Rat der Stadt Köln am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Teil des Maßnahmenpaketes war die Erweiterung der bisherigen 14 Schulsozialarbeiterstellen um weitere 4 Stellen für Haupt- und Förderschulen. Die Besetzung erfolgte zum Schuljahresbeginn am 01.08.2008. In der Ratssitzung vom 30.06.2009 wurde die Erweiterung um weitere 23 Stellen der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010 beschlossen. 10 Stellen werden über freie Träger der Jugendhilfe und 13 Stellen über die Stadt Köln besetzt. Die hieraus entstandenen Schulsozialarbeiterstellen wurden in ausgewählte Grundschulen integriert. Im Mittelpunkt der präventiven Arbeit durch Schulsozialarbeit liegt das möglichst früh ansetzende und regelmäßige Training sozialen Verhaltens in Gruppen und Klassen. Die eingesetzten Fachkräfte werden von Schülerinnen und Schülern nicht nur durch die Vermittlung von Lehrkräften für Hilfestellungen eingefordert sondern auch eigeninitiativ von Kindern

und Jugendlichen aufgesucht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit bei den Zielgruppen bereits als niederschwelliges Angebot anerkannt und genutzt wird. Das Zusammenspiel von Lehrkräften und Schulsozialarbeit erweist sich als sinnvolle Maßnahme um den individuellen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen mit ihren Problematiken begegnen zu können. Schulsozialarbeit ist noch nicht flächendeckend in allen Schulen Standard. Hierzu wären erhebliche Mittel erforderlich die in der aktuellen Haushaltsituation nicht zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Kosten je Stelle würden sich auf ca. 57.000 EUR/Jahr belaufen.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

##### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen

Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:** Insbesondere in Zeiten knapper Haushaltsmittel gilt es besonders abzuwägen, welche Investitionen zu tätigen sind und welche es zu kürzen oder zu streichen gilt. Präventive Maßnahmen sind bei den Erwägungen zu berücksichtigen. Dies gilt im Besonderen für Investitionen im Bildungsbereich. Die Stellungnahme der Verwaltung zum Vorschlag 306/31 verdeutlicht die immense Wichtigkeit der Arbeit von Schulpsychologen und Sozialpädagogen. Die Bezirksvertretung Kalk ist sich bewusst, dass das von den Schülerinnen und Schülern nicht nur akzeptierte sondern geforderte Angebot ein wichtiges Instrument ist. Die Beratung und Arbeit durch Psychologen und Sozialarbeiter hilft Probleme präventiv zu lösen und fördert die Schülerinnen und Schüler. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Ausgaben dieses Angebots Investitionen sind, die deutlich höhere Folgekosten verhindern. Die Bezirksvertretung Kalk unterstützt den Bürgervorschlag 306/31 mit der Konkretisierung: Die Verwaltung soll der Bezirksvertretung Kalk vorlegen, an welchen Schulen im Stadtbezirk Kalk wie viele Schulpsychologen und Sozialpädagogen arbeiten und präventiv Schulsozialarbeit leisten. Dabei soll auch aufgezeigt werden, wie groß der Mehrbedarf an Psychologen und Pädagogen ist. Der Bürgervorschlag ist der Landesregierung bekanntzugeben

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und emp-

fieht dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 1394 / 32**

## **Erhöhung des Schuletats**

**Rang:** 32

**Stimmen pro:** 118

**Stimmen kontra:** 1

**Stimmen saldo:** 117

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Der Betrag pro Schule ist seit Jahren nicht erhöht worden, aber die davon bezahlbaren Materialien werden immer teurer und auch mehr wie z.B. Wartung und Instandhaltung der Drucker.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Im Laufe der letzten Jahre sind die Schulen zunehmend besser mit EDV-Hard- und -software ausgestattet worden. Grundsätzlich ist bei der EDV-Ausstattung eher eine Preissenkung zu beobachten, die allerdings durch die erwähnte Mehrausstattung überkompensiert wird. Der Schulträger führt Reparatur- und Wartungsarbeiten an der EDV-Ausstattung und Verkabelung für die Schulen kostenfrei durch. Verbrauchsmaterial wie Druckerpatronen müssen die Schulen selbst beschaffen. In den letzten Jahren sind durch politische Vorgaben und freiwillige Verpflichtungen des Schulträgers Stadt Köln zahlreiche kostenintensive, meist zusätzliche Schwerpunkte gesetzt worden, wie z.B. die Ganztagsbetreuung und die damit verbundenen Bau- und Ausstattungskosten in beträchtlicher Höhe. Diese Zusatzaufwendungen des Schulträgers führen zu keinen zusätzlichen Belastungen des Budgets der Schulen. Die Höhe der Mittel, die den Schulen u. a. über das Schulgirokonto zukommt, bemisst sich nach Anzahl der Schülerinnen und Schüler.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 1 / 33**

## **Eine zweite Grundschule für Junkersdorf**

**Rang:** 33

**Stimmen pro:** 118

**Stimmen kontra:** 8

**Stimmen saldo:** 110

**Bezirke:** Lindenthal

### **Vorschlagstext:**

Durch Zuzug vieler junger Familien ist Junkersdorf in den letzten Jahren extrem gewachsen. Die einzige Grundschule, die Ildefons-Herwegen-Grundschule, platzt aus allen Nähten. Daher die Bitte, Gelder im Bürgerhaushalt 2010 bereit zu halten, um das Grundstück der ehemals belgischen Grundschule zu kaufen und dort eine zweite Grundschule und eine Kindertagesstätte zu errichten.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt. Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependence sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 377 / 34**

## **Video Beamer für das Kölner Planetarium**

**Rang:** 34

**Stimmen pro:** 120

**Stimmen kontra:** 10

**Stimmen saldo:** 110

**Bezirke:** Nippes

### **Vorschlagstext:**

Durch den hohen Besucherandrang im einzigen Planetarium Kölns, benötigt das Planetarium für seinen zusätzlichen Vorführraum einen Video Beamer (am besten HD). Kosten ca. 1000 Euro. Das Zeiss - Kleinplanetarium (ZKP-1 Baujahr 1965) im Keller der Schule ermöglicht es, Gruppen von bis zu 30 Personen den gestirnten Himmel, die Milchstrasse und die Planeten so zu zeigen, wie sie mit freiem Auge bei klarem Wetter zu sehen sind. 10 Sonderprojektoren zeigen weitere astronomische Erscheinungen. Das Planetarium steht einem breiten Publikum und allen Schulklassen Kölns in der Woche für Vorträge offen. Verbunden mit Beamer Vorträgen über ausgewählte astronomische Themen wollen wir, Astronomie allen Interessierten in neuer und anschaulicher Weise vermitteln.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Das Kölner Planetarium ist keine schulische Einrichtung. Die Räumlichkeiten hierfür werden jedoch auf dem Schulgrundstück des Blüchergymnasiums unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus erhält das Kölner Planetarium 1.350 EUR über das Schulgirokonto des Blüchergymnasiums. Eine darüber hinaus gehende finanzielle Unterstützung ist leider nicht möglich.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:** Die BV Nippes wünscht, dass 40 den Beamer finanziert, weil alle Kölner Schulen das Planetarium nutzen.

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 952 / 35**

## **Werkstattneubau für den Berufsschulcampus Deutz**

**Rang:** 35

**Stimmen pro:** 109

**Stimmen kontra:** 2

**Stimmen saldo:** 107

**Bezirke:** Innenstadt

### **Vorschlagstext:**

Zentrale Aufgabe der vorberuflichen Bildungsgänge am Berufskolleg ist die Vermittlung von Berufsbildern im gewerblich-technischen Bereich. Dies ist mit der vorhandenen Ausstattung nicht mehr zu leisten. Die Gebäude und die Werkstatteinrichtung stammt aus den 50er-Jahren und schreckt die Schülerinnen und Schüler eher ab als zu motivieren. Der Werkstattneubau ist bereits seit über 15 Jahren geplant, wurde aber immer wieder verschoben.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der hohe Sanierungsaufwand für den im Berufsschulcampus Deutz bestehenden Werkstattbereich ist hinreichend bekannt. Unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte wird daher auch bereits seit Längerem einem Abriss und Neubau der Werkstätten gegenüber einer Sanierung der Vorrang eingeräumt. Hierzu bedarf es allerdings eindeutiger Planungsvorgaben durch die Verwaltung, welche bisher noch nicht vorliegen. Die Erstellung eines neuen Werkstatttraktes im Campus Deutz geht nach den bisherigen Vorstellungen der Schulentwicklungsplanung einher mit der Zusammenführung von Berufskolleg (BK) 10, BK 17 und BK 18 auf dem Schulgelände in Deutz, Eitorfer Straße. Eine Zusammenführung dieser BK's auf einem Schulgelände macht Sinn, da alle die sog. „Metallberufe“ ausgebildet werden. Der neu zu errichtende Werkstatttrakt könnte dann von den drei BKs genutzt werden. Für die genannte Zusammenführung ist jedoch eine Verlagerung des BK 19 notwendig, da für vier BK's der Platz auf dem Schulgelände nicht ausreicht. Für das BK 19 ist ein Neubau auf dem Schulgelände Im Hasental angedacht. Hierfür ist eine Planungsaufnahme noch nicht erfolgt. Ob der Bau des Werkstatttraktes auf dem Gelände vorgezogen werden kann wird derzeit geklärt. Abstimmungsgespräche mit den betroffenen Schul-

leitungen werden in den nächsten Tagen stattfinden. Kostenschätzungen liegen derzeit nicht vor.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.



**Nr: 404 / 36**

## **Gesamtschule Kölner Westen**

**Rang:** 36

**Stimmen pro:** 110

**Stimmen kontra:** 8

**Stimmen saldo:** 102

**Bezirke:** Lindenthal

### **Vorschlagstext:**

Jährlich werden hunderte Schüler an den bestehenden Gesamtschulen abgelehnt. Gleichzeitig gehen die Anmeldungen an den Hauptschulen zurück. Zudem ermöglicht das System der Gesamtschule das Abitur in 9 Jahren zu erlangen. Der Druck auf die Schüler ist somit geringer gegenüber dem 8jährigen Gymnasium. Der Bedarf nach einer weiteren Gesamtschule ist somit hoch. Nur leider befindet sich linksrheinisch nur in Böcklemünd, Zollstock und Rodenkirchen eine Gesamtschule. Der Westen mit den Stadtteilen Lindenthal, Junkersdorf, Braunsfeld, Weiden und Lövenich ist an das Gesamtschulsystem nicht angeschlossen. Um dem Bedürfnis der Schüler nachzukommen, wäre eine weitere Gesamtschule im Kölner Westen sinnvoll.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen. In der Elternbefragung im Herbst 2009 haben im Stadtbezirk Lindenthal 15 % der Eltern (95 Nennungen) den Wunsch geäußert, ihr Kind an einer Gesamtschule anzumelden. 78 % der Eltern in Lindenthal wünschten sich hingegen einen Platz an einem Gymnasium für ihr Kind. Die Gesamtschule in Bocklemünd wird um einen Zug erweitert. Die Erweiterung der Gesamtschule Rodenkirchen um 1 Zug ist bereits abgeschlossen. Mit der neuen Gesamtschule in Nippes sind damit zukünftig insgesamt 6 zusätzliche Gesamtschulzüge (168 Plätze in den Eingangsklassen) vorhanden. Im Zuge der weiteren Schulent-

wicklungsplanung wird überprüft, wie dem Elternwunsch nach weiteren Gesamtschulplätzen entgegengekommen werden kann. Hierbei spielen jedoch auch die Aspekte der Leistungsheterogenität, die ja grundsätzlich weiterhin Bestand haben, eine Rolle. Dieses Thema ist ein Bestandteil des ersten integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplans, der im Jahr 2010 vorgelegt werden soll.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.



**Nr: 1157 / 37**

## **Personelle Förderung schwul-lesbischer Schulaufklärung in Köln**

**Rang:** 37

**Stimmen pro:** 128

**Stimmen kontra:** 28

**Stimmen saldo:** 100

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Das im Jugendzentrum anyway angegliederte Aufklärungsprojekt SchLAu-Köln (schwul-lesbische Schulaufklärung) braucht Unterstützung : die methodisch durchdachte Thematisierung von Homosexualität und vielfältigen Lebensweisen im Schulkontext wird durch ca. 20-25 Ehrenamtliche Mitarbeiter durchgeführt. Hierbei lernen die Schüler verschiedene Lebensweisen und Lebenskonzepte kennen und überdenken mit den TeamerInnen stereotype Geschlechterrollen. Die Aufklärungsveranstaltungen tragen maßgeblich zur stärkeren Selbstreflexion und Infragestellung von gelernten Rollenbildern und Vorurteilen bei und regen zu einem wertschätzenden Miteinander im Schulalltag an. Momentan finden ca. 40 Aufklärungsveranstaltungen pro Jahr mit ca. jeweils 30 SchülerInnen in allen Schultypen statt und somit lernen ca. 1200 SchülerInnen pro Jahr SchLAu Köln kennen. Ehrenamtlich kann die Koordination der Veranstaltung, Supervision der TeamerInnen, Kontakte zu LehrerInnen, interne Fortbildung und Qualitätssicherung der Arbeit nicht geleistet werden und es bedarf somit ein Ausbau und eine Verstetigung dieses Engagements durch hauptamtliche personeller Unterstützung.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

In einem Gespräch mit den Vertretern von anyway im Dezember 2009 wurde durch das Schuldezernat grundsätzliche Unterstützung zugesagt, jedoch wurde verdeutlicht, dass bei der derzeitigen Haushaltslage keine Möglichkeit zur Finanzierung einer Stelle vorhanden ist. Das Sozialdezernat hat vom Rat die Genehmigung zur Einrichtung eines Referates erhalten, die Stellenbesetzung erfolgt derzeit. Sobald diese Stelle institutionalisiert ist, sollte von dort das weitere Verfahren übernommen wer-

den.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

#### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 53 / 38**

## **Energie-/Heizungskosten ->Einsparung**

**Rang:** 38

**Stimmen pro:** 106

**Stimmen kontra:** 9

**Stimmen saldo:** 97

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

In vielen Schulen, so auch an meiner (Kaiserin-Augusta-Schule) ist das Energie-/Heizungskonzept (sofern es überhaupt eines gibt) wenig ausgereift: Schon bei Temperaturen knapp unter 20 °C werden die Heizungen eingeschaltet, und bei sinkender Temperatur immer stärker aufgedreht. Daraufhin werden die Fenster geöffnet, wodurch im wahrsten Sinne des Wortes "zum Fenster hinaus geheizt wird". Außerdem entsteht bei längerer Nicht-Nutzung einzelner Räume eine unaushaltbare, stickige Luft. Das Problem ist, dass an den Heizkörpern keinerlei Einfluss auf die Heizintensität möglich ist, auch der Hausmeister kann/darf daran nichts ändern. Vorschlag: Option a) Die Heizkörper können in den Räumen von den Schülern/Lehrern (ggf. mit Lehrerschlüssel, um Missbrauch/Vandalismus durch Schüler zu vermeiden) selbst reguliert werden. Option b) Die Berechnungsgrundlage für die Heiztemperatur wird grundlegend überdacht und nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer angepasst. Folge: 1. Die Situation für die Schüler/Lehrer würde sich verbessern 2. Es könnten Kosten eingespart werden. 3. Die Umwelt würde geschont.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Bei der Heizungsanlage im Georgsplatz gibt es eine außentemperaturgesteuerte Regelung. Das Prinzip ist wie folgt: Wird die Außentemperatur wärmer, geht die Heizleistung zurück. Wird die Außentemperatur kälter, wird die Heizleistung höher. Die Regelung versucht den vorgegebenen Wert für die Raumtemperatur über die vorhandenen Fühler zu erreichen. An den Heizkörpern sind nicht verstellbare sogenannte "Behördenköpfe" vorhanden. Hier ist eine Veränderung nur mit Spezialwerkzeug möglich. In alle Klassen können die Fenster gekippt werden. Das Notausstiegs-

fenster kann komplett geöffnet werden. Beides sollte für eine Stosslüftung ausreichend sein. Neu- und Altbau haben eine Sonnenschutzanlage. Mit dieser können die Klassen vor Sonneneinstrahlung geschützt und ein Aufheizen der Klasse reduziert werden.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

##### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der

Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 1127 / 39**

## **Neues Mobiliar für das Schiller-Gymnasium**

**Rang:** 39

**Stimmen pro:** 109

**Stimmen kontra:** 12

**Stimmen saldo:** 97

**Bezirke:** Lindenthal

### **Vorschlagstext:**

Das Schulmobiliar des Schiller-Gymnasiums in Köln-Sülz stammt zum Teil noch aus den siebziger Jahren. Vor allem im Bereich der Kunst, des Sports, aber auch in vielen Räumen des Altbaus findet sich noch Mobiliar aus dieser Zeit, das naturgemäß nicht mehr in bestem Zustand ist. Hier besteht dringend für Schränke, Tische, Stühle, Sportgeräte Erneuerungs- bzw. Ergänzungsbedarf, nicht zuletzt weil die Schülerzahlen in den letzten Jahren gestiegen sind.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Im Rahmen der Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Ganztagsversorgung wird der bisherige D-Trakt, in dem u. a. der Kunstbereich untergebracht ist, abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. In diesem Zusammenhang erfolgt durch die Schulverwaltung eine Neuausstattung des Inventars des Kunstbereichs. Für den Bereich der beweglichen Sportgeräte ist die Schulverwaltung lediglich für eine Erstbeschaffung zuständig. Ersatzbeschaffungen von Verbrauchsmaterial und Geräten bis zu einem Einzelwert von 410 EUR netto sind durch die Schule aus ihrem Schulgirokonto selbst zu finanzieren. Da das Schillergymnasium am Projekt "Selbständige Schule" teilnimmt, erhält sie in diesem Rahmen ein Budget, aus welchem sie auch Ersatzbeschaffungen über diesen Einzelwert hinaus vornehmen muss.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 1123 / 40**

**neubau humboldt**

**Rang:** 40

**Stimmen pro:** 104

**Stimmen kontra:** 10

**Stimmen saldo:** 94

**Bezirke:** Innenstadt

**Vorschlagstext:**

eine entscheidung für den 2. platz des architekturwettbewerbs und schneller baubeginn

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Sofern sich der Vorschlag auf den Realisierungswettbewerb für die Erweiterung des Humboldt-Gymnasiums Kartäuserwall 40 bezieht, so hat das Preisgericht hierüber am 28.08.2009 entschieden. Die Schulkonferenz des Humboldt-Gymnasiums hat am 05.11.2009 ebenfalls für den ersten Preisträger votiert. In Kürze wird auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses die Entwurfsplanung aufgenommen und eine Kostenschätzung erstellt.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

**Nr: 1144 / 42**

**Diskriminierungs-,Ausgrenzungs-, Mobbingprävention**

**Rang:** 42

**Stimmen pro:** 86

**Stimmen kontra:** 1

**Stimmen saldo:** 85

**Bezirke:**

**Vorschlagstext:**

Vorbemerkung: Ich bin ehrenamtlich für die Aidshilfe Köln in der Schulprävention tätig. In dieser Eigenschaft gehen meine Kollegen und ich in die unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen Köln und kommen mit den Jugendlichen unter zwei Gesichtspunkten ins Gespräch: einmal Umgang mit und Abbau von Berührungsängsten und Vorurteilen gegenüber Betroffenen und zum anderen angstfreier aber auch verantwortungsbewusster Umgang mit dem Thema HIV bei beginnender oder schon vorhandener Sexualität. Neben vielen positiven Momenten erlebe ich jedoch sehr häufig Situationen, bei denen Menschen / Jugendliche aufgrund ihrer Nationalität, Hautfarbe, Behinderung, Religion, sexuellen Orientierung, ihres sozialen Status oder Aussehens angegangen bzw. verhöhnt werden. Wenn dies schon in einem geregelten Schulbetrieb vorkommt, wie eskalierend muss dies dann auf der Straße sein. In der Regel handelt es sich um einen Mangel an Fähigkeiten und noch nicht vorhandene Erkenntnis, sich in andere Lebenssituationen hinein zu denken. Ich erkenne aber auch, dass, wenn man den Jugendlichen ein derartiges Thema einfach mal vermittelt und einen Spiegel vorhält, man die Jugendlichen doch zum Reflektieren anregen kann. Ich finde, dass dieses gesellschaftspolitische Thema im Schulalltag einer multikulturell geprägten Stadt wie Köln unterschätzt wird. Derzeit kann ich nicht erkennen, dass dem Thema Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing in dem Lehrplan eine eigenständige Bedeutung zukommt. Um diesem Thema mehr Raum zu geben, habe ich den Eindruck, dass auch in Teilen der Lehrerschaft noch Überzeugungsbedarf herrscht. Daher folgender Vorschlag: Einrichtung einer zusätzlichen, vielleicht auch befristeten, Arbeitsstelle, die sich nur dem Thema Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing in den Bildungseinrichtungen Kölns annimmt, mit den unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen in Kontakt kommt, Überzeugungsarbeit leistet, Konzepte der

Lehrplanumsetzung mit erarbeitet, ein Netzwerk unterschiedlichster externer Organisationen, in deren Tätigkeitsgebiet dieses Thema immer wieder vorkommt, aufbaut und sich auch deren KnowHow und Arbeitskraft bedient (nicht alles kann an Lehrkräften hängen bleiben), Ansprechpartner für eventuelle Aktionen ist, Unterrichtsmaterial, Flyer oder sonstiges Infomaterial mit entwickelt usw. Mein Vorschlag bedarf hinsichtlich seiner Ausgestaltung und Umsetzung sicherlich noch einiger Diskussion. Hierzu lade ich gerne ein.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Das Land NRW ist als oberste Schulaufsichtsbehörde für die inneren Schulangelegenheiten zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen. In diesem Fall kann das weitere Vorgehen nur in enger Abstimmung mit dem Land erfolgen.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanabschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 240 / 43**

## **Verbesserung der Grundschulversorgung in Junkersdorf**

**Rang:** 43

**Stimmen pro:** 89

**Stimmen kontra:** 4

**Stimmen saldo:** 85

**Bezirke:** Lindenthal

### **Vorschlagstext:**

Die Junkersdorfer Grundschule platzt aus allen Nähten: mehr als 400 Kinder besuchen inzwischen die Ildefons-Herwegen-Grundschule in Junkersdorf. Die Grundschulversorgung in Junkersdorf muss dringend kurzfristig aufgestockt werden, damit nicht weiterhin ein großer Teil der Junkersdorfer Kinder in anderen Stadtteilen zur Grundschule gehen muss!

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt. Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependence sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 11 / 44**

## **Eine zweite Grundschule für Junkersdorf im Stadtbezirk Lindenthal**

**Rang:** 44

**Stimmen pro:** 93

**Stimmen kontra:** 10

**Stimmen saldo:** 83

**Bezirke:** Lindenthal

### **Vorschlagstext:**

Vorschlag 1: eine zweite Grundschule in Junkersdorf": Zum Einen für den Kauf des Grundstücks der ehemals belgischen Schule und zum Anderen für den Bau einer zweiten Grundschule und eines weiteren Kindergartens auf diesem Grundstück. Vorschlag 2: die Erhaltung des Grünzugs West, Errichtung von Spielplätzen für ältere Kinder

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt. Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependence sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen. Der Bebauungsplan zum Grünzug West befindet sich zurzeit in der Planungsberatung zum Offenlegungsbeschluss. Nach Rechtskraft des Bebauungsplans sind die planungsrelevanten Voraussetzungen zur Umsetzung gegeben, die vornehmlich durch Kompensationsmaßnahmen realisiert werden.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 196 / 47**

## **Eine zweite Grundschule für Junkersdorf**

**Rang:** 47

**Stimmen pro:** 94

**Stimmen kontra:** 13

**Stimmen saldo:** 81

**Bezirke:** Lindenthal

### **Vorschlagstext:**

In Junkersdorf brauchen wir eine zweite Grundschule. Die belgische "Siedlungen wurden verdichtet und neubelegt. Neue Siedlungen sind entstanden, die Bevölkerung hat sich verjüngt, weil ältere Bewohner den Ort verlassen und junge Familien an ihrer Stelle eintreten. Die Infrastruktur hat nicht Schritt gehalten. Aus meine Nachbarschaft - Altbaubestand- sind zwei Kinder eingeschult worden. Für das eine Kind haben die Großeltern zusammengelegt und ihm eine private Schule finanziert. Das andere Kind wird tagtäglich mit dem Auto nach "Weiden gebracht und abgeholt M. Herrmann

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt. Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependence sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 244 / 48**

## **Neubau Turnhalle Porz-Mitte**

**Rang:** 48

**Stimmen pro:** 84

**Stimmen kontra:** 4

**Stimmen saldo:** 80

**Bezirke:** Porz

### **Vorschlagstext:**

Hiermit beantragen wir den Neubau einer Zweifachsporthalle für die Gemeinschaftsgrundschule Porz-Mitte. Die vorhandene Turnhalle aus den 1950er Jahren weist ständig neue bauliche und hygienische Mängel auf. Sie wird seit Jahrzehnten seitens der Gebäudewirtschaft nur noch behelfsmäßig instandgesetzt. Als Begründung für die Ablehnung einer Generalinstandsetzung wird ebenfalls seit Jahrzehnten der geplante Neubau der Schule mit Sporthalle angeführt. Ein entsprechender Beschluss wird jedoch seitens der Politik immer wieder aufgeschoben. Die Sporthalle hat für die Schule und für die ortsansässigen Sportvereine, d.h. für gesamt Porz-Mitte eine sehr wichtige Bedeutung als Sport- und Versammlungsraum. Durch die offene Ganztagschule wird die Turnhalle mittlerweile bis in den späten Nachmittag genutzt. Das bedeutet, dass die Sportvereine mit ihren Sportkursen für Kinder und Senioren erst danach beginnen können. Das hat wiederum negative Auswirkungen auf das Angebot für die Erwachsenen am Abend. Da die Diskussion über den Neubau der gesamten Schule wie gesagt schon über Jahrzehnte immer wieder diskutiert, ein solcher aber ? trotz vielfacher Beteuerungen ? bis heute nicht konkret angegangen wurde, beantragen wir hiermit den aus einer Gesamtplanung herausgelösten vorzeitigen und zeitnahen Neubau einer Zweifachsporthalle. Ein solcher Neubau auf dem vorhandenen Schulkarree wäre ein erster Schritt für die dringend erforderliche Neugestaltung der Porzer Grundschule und eine städtebaulich zeitgemäße Aufwertung für gesamt Porz-Mitte!

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung präferiert auch unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte einen kompletten Neubau der Grundschule Hauptstr. einschließlich einer Turnhalle

gegenüber einer alternativ denkbaren Generalinstandsetzung. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurde die Realisierbarkeit des Vorhabens bereits mit positivem Ergebnis geprüft. Diese Maßnahme ist u. a. Bestandteil des von der Verwaltung erarbeiteten Entwicklungskonzepts Porz-Mitte, das sich z. Z. noch im politischen Beteiligungsverfahren befindet. Hierüber wird der Rat voraussichtlich Ende März 2010 beschließen, so dass dann die Voraussetzungen für eine Planungsaufnahme für den Schulneubau gegeben wären. Die bisherigen Planungsvorstellungen beinhalten jedoch nur den Bau einer Einfachturnhalle. Zum Bau einer Zweifachsporthalle wäre eine entsprechende Bedarfsprüfung und Entscheidung durch die Schulverwaltung notwendig.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 880 / 49**

## **Erweiterung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen**

**Rang:** 49

**Stimmen pro:** 82

**Stimmen kontra:** 3

**Stimmen saldo:** 79

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Mitte 2003 wurden aus Landesmitteln elf Schulsozialarbeiter/innen an Kölner Hauptschulen eingerichtet. Diese Stellen wurden jeweils geteilt, sodass 22 Hauptschulen mit einer halben pädagogischen Fachkraft ausgestattet wurden. Durch die Schließung der Hauptschule Pesch und die Einstellung weiterer Schulsozialarbeiter/innen aus kommunalen Mitteln, gibt es zurzeit noch fünf Schulsozialarbeiter/innen, die jeweils an zwei Hauptschulen beschäftigt sind. Vorschlag: Durch die Schaffung weiterer fünf Stellen für Schulsozialarbeit an den entsprechenden Hauptschulen, würde eine enorme Entlastung für die Schulsozialarbeiter/innen erfolgen, die jetzt noch an zwei Hauptschulen tätig sind. Insbesondere die Hauptschule Holzheimer Weg, die neuerdings in den Klassen 5-7 integrative Lerngruppen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf anbietet, ist auf langfristiger Sicht mit einer halben Schulsozialarbeiterstelle unterversorgt. Denn es ist zu erwarten, dass durch die weitere Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch Bedarf an Betreuung, Begleitung und Förderung eines Schulsozialarbeiters bzw. einer Schulsozialarbeiterin steigen wird.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

In der Vergangenheit lag ein besonderer Fokus auf der Ausweitung von Schulsozialarbeiterstellen an Grund-, Haupt- und Förderschulen. So beschloss der Rat der Stadt Köln am 29.01.2008 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Teil des Maßnahmenpaketes war die Erweiterung der bisherigen 14 Schulsozialarbeiterstellen um weitere 4 Stellen für Haupt- und Förderschulen. Die Besetzung erfolgte zum Schuljahresbeginn am 01.08.2008. In der Ratssitzung vom 30.06.2009 wurde die Erweiterung um weitere 23 Stellen der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr

---

2009/2010 beschlossen. 10 Stellen werden über freie Träger der Jugendhilfe und 13 Stellen über die Stadt Köln besetzt. Die hieraus entstandenen Schulsozialarbeiterstellen wurden in ausgewählte Grundschulen integriert. Im Mittelpunkt der präventiven Arbeit durch Schulsozialarbeit liegt das möglichst früh ansetzende und regelmäßige Training sozialen Verhaltens in Gruppen und Klassen. Die eingesetzten Fachkräfte werden von Schülerinnen und Schülern nicht nur durch die Vermittlung von Lehrkräften für Hilfestellungen eingefordert sondern auch eigeninitiativ von Kindern und Jugendlichen aufgesucht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit bei den Zielgruppen bereits als niederschwelliges Angebot anerkannt und genutzt wird. Das Zusammenspiel von Lehrkräften und Schulsozialarbeit erweist sich als sinnvolle Maßnahme um den individuellen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen mit ihren Problematiken begegnen zu können. Schulsozialarbeit ist noch nicht flächendeckend in allen Schulen Standard. Hierzu wären erhebliche Mittel erforderlich die in der aktuellen Haushaltsituation nicht zur Verfügung stehen. Die zusätzlichen Kosten je Stelle würden sich auf ca. 57.000 EUR/Jahr belaufen.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanabschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 1115 / 50**

## **Toilettenanlage Grundschule Zugweg eine Zumutung**

**Rang:** 50

**Stimmen pro:** 84

**Stimmen kontra:** 5

**Stimmen saldo:** 79

**Bezirke:** Innenstadt

### **Vorschlagstext:**

die Grundschule Zugweg in der Südstadt, verfügt über eine Toilettenanlage, deren Beschreibung ich niemandem zumuten möchte. Umso schlimmer ist es, dass wir unseren Kindern die Benutzung zumuten. Viele Kinder halten ein, weil mehr als ekelig ist diese Toiletten aufzusuchen. Seit Jahren werden Anträge an die Stadt Köln gestellt, diese marode über 20 Jahre alte Toilettenanlage zu erneuern. Immer wieder wird man vertröstet. Hier muß dringend was geschehen. Desweiteren wäre mein Vorschlag, um dann die neuen Toiletten lange gut zu erhalten, dass Toilettenfrauen/ Männer während des Schulbetriebes die Anlage mitbeaufsichtigen und säubern. Oft wird durch die Präsenz von Toilettenpersonal nicht mehr mutwillig verschmutzt.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 das von der Verwaltung erarbeitete Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen mit einem Kostenaufwand von rd. 16,3 Mio. EUR beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung des Programms innerhalb der nächsten beiden Jahre beauftragt. An der sukzessiven und termingerechten Umsetzung des sehr umfangreichen Sanierungsprogramms arbeitet die Verwaltung mit größtem Nachdruck. Für die geplante umfassende Sanierung der Toilettenanlagen in der Grundschule Zugweg wurden die Baukosten mit rd. 290.000 EUR ermittelt. Unter Berücksichtigung der Vorlaufzeiten für das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren wird von einem Baubeginn Mitte dieses Jahres ausgegangen.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.



**Nr: 1619 / 51**

**Mehr Bewegung, mehr Musik und besseres Mobiliar**

**Rang:** 51

**Stimmen pro:** 80

**Stimmen kontra:** 2

**Stimmen saldo:** 78

**Bezirke:** Lindenthal

**Vorschlagstext:**

Für die GGS in Köln/ Braunsfeld benötigen wir dringend neue Bänke und Stühle. Kinder sind heute oft größer als noch vor 10 Jahren. Die Möbel haben sich aber nicht geändert, und es darf pro Jahr nur eine Klasse neue Möbel bekommen. Im Sportunterricht können Reckstangen seit 15 Jahren nicht mehr eingesetzt werden. Auch andere große Turngeräte, wie Barren, sind nicht mehr richtig einsatzfähig oder nicht vorhanden. Neben neuen Turngeräten brauchen wir auch mehr Musikinstrumente (mindestens 30 Glockenspiele). Musische Bildung und Sport sind wichtige Bereiche, die sich positiv auf das soziale Verhalten der Schüler auswirken. Diese Fächer müssen mehr unterstützt werden.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Anträge Seitens der Schule auf eventuelle Beschaffungen liegen bei der Schulverwaltung derzeit nicht vor. Zunächst müsste hier insgesamt eine Bestandsaufnahme der Klassenraumeinrichtungen, Musikinstrumente und Sporteinrichtung erfolgen. Kosten können derzeit nicht beziffert werden.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 813 / 52**

## **Sanierung Montessori-Gymnasium**

**Rang:** 52

**Stimmen pro:** 81

**Stimmen kontra:** 3

**Stimmen saldo:** 78

**Bezirke:** Ehrenfeld

### **Vorschlagstext:**

Im Montessorigymnasium ist vor allem die Toilettensituation unzumutbar. Viele Vorschläge sind hierzu schon gemacht worden, aber die Dringlichkeit findet von Seiten der Stadt wenig Beachtung. Auch wenn gegenargumentiert wird, dass der Gesamt-sanierungsplan noch nicht abgeschlossen ist, muss hier eine provisorische Lösung geschaffen werden. Von vielen Schülerinnen und Schülern weiß ich, dass sie die Toiletten komplett meiden, was gesundheitlich bedenklich ist. Meine Tochter leidet an einer schweren Nieren-Blasenerkrankung und ist auf häufige Toilettengänge mit Selbst-Katheterisierung angewiesen. Dies stellt für sie jeden Tag aufs Neue eine große Einschränkung dar und die Toilettensituation macht es ihr doppelt schwer. Mit der Hoffnung auf eine positive Veränderung, Kathrin Butt

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Aufgrund des bekanntermaßen schlechten baulichen Zustands der Schulanlage ist mittelfristig eine Generalinstandsetzung beabsichtigt. Darüber hinaus ist aufgrund eines erhöhten Raumbedarfs, u.a. durch die Einführung des Ganztagsbetriebs und die Notwendigkeit zum Ersatz der Fertigbauklassen, eine Erweiterung der Schule notwendig. Für die beabsichtigte Schulerweiterung wird z.Z. aufgrund der schwierigen Grundstücksituation die Realisierbarkeit des Raumprogramms im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft, wobei hierfür voraussichtlich eine Grundstückserweiterung erforderlich sein wird. Ein abschließendes Ergebnis der Voruntersuchung liegt allerdings noch nicht vor. Die Generalinstandsetzung soll aufgrund ansonsten fehlender Ausweichmöglichkeiten nach Fertigstellung der Erweiterungsmaßnahme in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden. Bis zur Umsetzung dieser Maßnahmen werden allerdings vorab bereits einige unaufschiebbare Sanierungen im Ge-

bäudebestand geplant und in Kürze durchgeführt.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.



**Nr: 297 / 53**

## **Vorrang für Gesamtschulen**

**Rang:** 53

**Stimmen pro:** 100

**Stimmen kontra:** 22

**Stimmen saldo:** 78

**Bezirke:**

### **Vorschlagstext:**

Nachdem es allgemein anerkannt ist, dass das aussortieren von Kindern nach der 4. Klasse mehr Probleme als Vorteile bringt sollte in jedem Ort (jedoch mindestens 2 in jedem Stadtbezirk) eine Gesamtschule mit Ganztagskonzept eingerichtet werden. Wenn in der Sekundarstufe 1 Chancengleichheit angestrebt wird, ist damit zu rechnen, dass der große Teil der Kinder die Chance wahrnimmt. Als Schulträger kann die Stadt diesen Schultyp auf Kosten anderer Schultypen, wie Hauptschule und Realschule verwirklichen, sodass es ggf kostenneutral realisiert werden kann. Vielleicht kann man sogar auf die vorhandenen Gebäude zurückgreifen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen. Damit ist in jedem Stadtbezirk in Köln, mit Ausnahme von Lindenthal mindestens eine Gesamtschule vorhanden. Im Stadtbezirk Innenstadt werden 2 Gesamtschulen in privater Trägerschaft geführt. Gem. § 17 Abs. 1 Schulgesetz NRW (Gesamtschule) ermöglicht die Gesamtschule in einem differenzierten Unterrichtssystem Bildungsgänge, die ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schulformen zu allen Abschlüssen der Sekundarstufe I führen. Abs. 2 führt aus, dass die Gesamtschule die Klassen 5 - 10 (Sekundarstufe I) und die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II) umfasst. Als wesentliches Merkmal der Gesamtschule ist daher die sog. Leistungsheterogenität zu sehen. Die Schülerschaft einer Gesamtschule

muss so zusammengesetzt sein, dass aus der eigenen Schülerschaft eine gymnasiale Oberstufe gebildet werden kann. Unabhängig vom Zeitpunkt der Differenzierung in unterschiedliche Leistungsgruppen ist es dennoch erforderlich, dass unter Berücksichtigung der anerkannten Förderbedingungen an Gesamtschulen, eine ausreichende Anzahl von Kindern in die gymnasiale Oberstufe wechseln kann, um dort eine vertretbares pädagogisches Angebot zu ermöglichen. Der Rückgriff auf Gebäude von Haupt- und Realschulen ist in der Praxis lediglich eingeschränkt möglich. Die Mindestgröße einer Gesamtschule ist auf 4 Züge (4 Eingangsklassen) festgelegt, um die erforderliche Schülerzahl in der gymnasialen Oberstufe erreichen zu können. In der Summe werden an einer 4-zügigen Gesamtschule (je nach Größe der gymnasialen Oberstufe) 800 - 1.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Haupt- und Realschulgebäude sind in der Regel auf 2 - 3 Züge in der Sekundarstufe I ausgerichtet. In der Summe liegt die Platzkapazität damit in einem Bereich von maximal 360 - 540 Schülerinnen und Schüler. Die Grundstücksgrößen lassen in der Regel eine erforderliche Erweiterung nicht zu. Auch die Bildung von sog. Teilstandorten ist in der Regel nicht praktikabel. Die Bildung von Teilstandorten muss durch die obere Schulaufsicht genehmigt werden. Sie ist lt. § 83 Abs. 4 Schulgesetz NRW nur in Ausnahmefällen zulässig, und dann nur unter der Voraussetzung, dass die Teilstandorte in zumutbarer Entfernung liegen und kein zusätzlicher Lehrerbedarf entsteht. Auch wenn es sich bei einer Entscheidung, ob eine Entfernung zumutbar ist, immer um eine Einzelfallentscheidung handelt, kann als Faustregel gelten, dass die Entfernung in ca. 5 Minuten fußläufig zu bewältigen sein muss. Nur so ist zu gewährleisten, dass es Schülern und Lehrern möglich ist, zwischen zwei Unterrichtsstunden die Gebäude zu wechseln.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Für die BV nicht relevant bzw. Bezirk nicht betroffen.

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

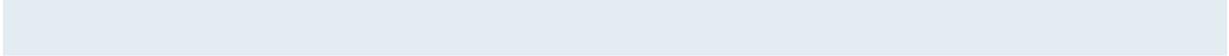
**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vor-

schläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 121 / 54**

## **Einführung eines Schülertickets für Grundschüler**

**Rang:** 54

**Stimmen pro:** 78

**Stimmen kontra:** 2

**Stimmen saldo:** 76

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Da seit letztem Jahr die freie Grundschulwahl besteht und nicht mehr die nächstgelegene Grundschule gewählt werden muss, ist die Einführung eines solchen Tickets durchaus sinnvoll. Hierdurch ist eine Entlastung der Familien durch geringere Kosten für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen. Sowie eine Umwelt- und Verkehrsentlastung durch den Wegfall der Hol- und Bringfahrten mit privaten PKW's. Bislang gibt es ein Monatsabo für Kinder im Grundschulalter nur in der Form eines "Juniortickets" welches während der Schulzeit nachmittags ab 14:00 uhr und am Wochenende (in den Ferien ab 9:00 Uhr) genutzt werden kann.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Zum Thema Einführung eines Schülertickets für den Primarbereich gab es im Mai 2009 eine Besprechung mit Ratsmitgliedern, Vertretern der KVB und der Schulverwaltung mit dem Ergebnis, dass ab Schuljahr 2010/11 jede Primarschule eigenständig über die Annahme des Angebots entscheiden soll. Neben dem an den Verkehrsträger zu zahlenden Finanzbeitrag wären dann aber von der Stadt zusätzliche Kosten für die freifahrtberechtigten Schüler zu übernehmen, da diese lediglich einen Teil der Kosten selber finanzieren müssen. Eine entsprechende Beschlussfassung durch den Rat war beabsichtigt, wurde aber angesichts der gesamten Finanzsituation der Stadt Köln nicht herbeigeführt. Bei Umsetzung der Maßnahme entstünden, bei Berücksichtigung einer Preissteigerung von 3,5 % jährlich, Zusatzkosten von: 2010: 35.000 EUR 2011: 72.450 EUR 2012: 74.986 EUR 2013: 77.610 EUR 2014: 80.327 EUR

## **Voten Bezirksvertretungen:**

### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 298 / 55**

## **Naturnahe und kindgerechte Schulgelände/Schulgärten**

**Rang:** 55

**Stimmen pro:** 79

**Stimmen kontra:** 3

**Stimmen saldo:** 76

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Kinder verbringen im Rahmen der Ganztagschule heutzutage einen Großteil ihrer Zeit an der Schule. Schulgelände - das sind heute meist noch graue Asphaltwüsten mit ein bisschen Alibigrün. Es gibt kaum Flächen, die zum Herumtollen oder Ausruhen einladen. In Köln gibt es einige nachahmenswerte Gestaltungen an Schulen. Es entstanden z.B. lebende Weidenbauwerke, Lehmhütten, Freiluftklassenzimmer, Hochbeete, Mosaik und vieles mehr in gemeinsamen Aktionen von Kindern, Eltern und LehrerInnen. Naturnah angelegte Schulgelände und Schulgärten ermöglichen fächerübergreifenden Unterricht. Hiermit beantragen wir finanzielle und organisatorische Unterstützung für Schulen. Die Einrichtung eines Beratungsteams außerhalb der Verwaltung wäre wünschenswert.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

An zwei Modellschulen wurde 2007 ein Pilotversuch zur Übernahme der Pflege der Grünflächen gestartet. Den Modellschulen werden hierzu die Mittel für die Pflege der Grünflächen zur Verfügung gestellt. Mit der Durchführung der Pflege sind die Fördervereine der beiden Modellschulen beauftragt worden. Aus Sicht der Schulen sollte durch die eigenverantwortliche Übernahme der Grünpflege die Qualität erheblich gesteigert werden; statt der bisher nur sporadisch erfolgenden Pflegemaßnahmen würde dann eine kontinuierliche Pflege erfolgen. Folgekosten für Schäden an Bepflanzungen und Einbauten, wie beispielsweise durch das Eindringen von Pflanzen in Drainagen oder in die Fassadenstruktur sollten vermieden werden. Aus Sicht der Schulen ist das Pilotprojekt erfolgreich verlaufen. Die Geländestrukturen bzw. -charaktere sind wieder hergestellt und der Pflegezustand der Grünflächen an beiden Schulen somit erheblich verbessert worden. Ziel ist die Übertragung der Entschei-

dungskompetenz zur Verwendung der vom Schulträger schrittweise zu übertragenen Budgets. Die Richtlinien der Stadt Köln zur Vergabe und Bedarfsprüfung sind hierbei von den Schulleitungen zu beachten und einzuhalten. Die verwaltungsfachliche Unterstützung und Beratung erfolgt im Sinne einer Dienstleistung in der Regel durch die bisher mit diesen Aufgaben betrauten Verwaltungsdienststellen des Schulträgers; die Entscheidungskompetenz liegt in den Händen der Schulleitungen. Im ersten Schritt bietet die Verwaltung grundsätzlich die Möglichkeit der Übertragung der Entscheidungskompetenz zur Verwendung von Finanzmitteln aus den Bereichen - Ausstattung und Geräte - Schönheitsreparaturen an. Der Verteilungsmodus der zu übertragenden Mittel wird verwaltungsintern und mit der regionalen Steuergruppe abgestimmt und vereinbart. Die Details zur verwaltungsgemäßen Bearbeitung, der Unterstützung und der Beratung der Schulen werden verwaltungsintern abgestimmt und sind in eine mit den Schulleitungen abzuschließende Zielvereinbarung eingeflossen. Die Entscheidungskompetenz zur Verwendung der Mittel wurde mit Wirkung zum 01.01.2007 übertragen - die Mittel werden in einer Rate auf den Schulgirokonten bereitgestellt. Das Verfahren zur Übertragung der Entscheidungskompetenz wird zunächst bis Ende 2008 erprobt und ausgewertet. Eine weitere Übertragung von Entscheidungszuständigkeiten bei der Verwendung von Budgets des Schulträgers war für 2008 geplant. Der Pilotversuch wurde verlängert bis Ende 2010.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 1677 / 56**

**Wertevermittlung schulformübergreifend durch Trainings im Bereich (Selbst-)Wahrnehmung, Kommunikation, Umgangsformen und Intra- und Interkulturalität**

**Rang:** 56

**Stimmen pro:** 82

**Stimmen kontra:** 6

**Stimmen saldo:** 76

**Bezirke:** Gesamt Köln

**Vorschlagstext:**

Unsere heranwachsenden Kinder und Jugendliche brauchen in unserer Welt, die durchaus auch von Werteverfall, Verrohung der Sitten und irrealen Medienwelten geprägt ist, professionelle Orientierungshilfen sich in der Lebens- und Arbeitsrealität zurecht zu finden und schließlich auch eigene Potenziale zu erkennen und zu nutzen, auch um (soziale) Kompetenzen aus zu bauen. Trainings im Bereich (Selbst-)Wahrnehmung, Kommunikation, Umgangsformen und Intra- und Interkulturalität helfen, Kinder und Jugendliche für ihre Mitmenschen und deren Eigenarten und Bedürfnislagen frühzeitig zu sensibilisieren. Die SchülerInnen lernen wertschätzend mit den Unterschiedlichkeiten umzugehen. Werte wie z.B. Empathie, Toleranz, Respekt, Selbstkompetenz und Kommunikationsfähigkeit sind wichtige Bausteine um Tradition zu pflegen und gleichsam Innovation zu fördern. Die Einbindung solcher Angebote zu Wertevermittlung schulformübergreifend stellt ein weiteres Element zu Chancengleichheit und Integration dar.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtsbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen. In diesem Fall kann das weitere Vorgehen nur in enger Abstimmung mit dem Land erfolgen.

## **Voten Bezirksvertretungen:**

### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 278 / 57**

**OGTS (oder OGS) Qualität der Betreuung verbessern**

**Rang: 57**

**Stimmen pro: 76**

**Stimmen kontra: 2**

**Stimmen saldo: 74**

**Bezirke: Gesamt Köln**

**Vorschlagstext:**

Nachdem die Reformen im Nachgang zur Pisa-Studie u.s.w. Eingang in den Schulalltag gefunden haben, stellt sich heraus, dass die damit verbundenen Ziele leider nicht erreicht werden. Dies liegt insbesondere daran, dass die Situation bei der Hausaufgabenbetreuung in OGTS/OGS hinsichtlich Umfang und Fachlichkeit des Personals nur unzureichend sichergestellt ist. Wenn sich eine ungeschulte Kraft um bis zu 30 Kinder kümmern muss, ist der Bildungsauftrag, den auch OGTS/OGS haben, einfach nicht zu erfüllen. Voraussetzung wäre, mehr pädagogisch geschultes Personal einzusetzen, um eine individuelle, d.h auf das einzelne Kind eingehende Betreuung zu gewährleisten.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Durchführung von Lernzeiten (Hausaufgabenbetreuung und -hilfe) ist ein wesentlicher Bestandteil des pädagogischen Konzeptes jeder Offenen Ganztagschule in Köln. Zudem finden individuelle Fördermaßnahmen für Schüler/innen mit Lernproblemen aber auch solche mit besonderen Begabungen in Kleingruppen statt. Die personelle Ausgestaltung dieser Module wird durch die im Kooperationsvertrag definierten Standards konkretisiert. Neben dem Fachpersonal der Trägervereine wird hier insbesondere das von der Schule in den Offenen Ganztage einzubringende Lehrpersonal des jeweiligen Kollegiums eingesetzt. Über den entsprechenden Landeserlass werden jeder Offenen Ganztagschule hierfür zusätzliche Lehrerstellenanteile zur Verfügung gestellt, so dass die Lernzeiten als gemeinsame Aufgabe von Lehrkräften sowie pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wahrgenommen werden. Was die Organisation und Zielsetzung der Aufgabenbetreuung angeht, so erwarten Eltern von einem Ganztagsangebot, dass die Kinder ihre Aufgaben im Rahmen des-

sen fehlerfrei erledigen. Neben der Bereitstellung einer lernförderlichen Umgebung erfolgt die Aufgabenbetreuung im Offenen Ganzttag durch eine schul-pädagogisch-professionelle Begleitung, die eine selbständige und eigenverantwortliche Erledigung der Schulaufgaben stärkt und weder zur Unter- noch Überforderung des Kindes führt.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

###### **Freitext:**

**Votum:**

##### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der

Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 1607 / 58**

## **Verstärkter Ausbau von Schulsozialarbeiterstellen für alle Schulformen**

**Rang:** 58

**Stimmen pro:** 76

**Stimmen kontra:** 2

**Stimmen saldo:** 74

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter werden über alle Schulformen hinweg dringend benötigt, um präventiv psychischer und körperlicher Aggressionen und Gewaltpotenzialen entgegen zu steuern und Wege für Kinder und Jugendliche, Eltern und LehrerInnen auf zu zeigen mit Gewaltpotenzialen um zu gehen und Wege der Kanalisation solcher zu gestalten. Depressionen, Fettleibigkeit, Magersucht, Mobbing bis hin zu Amokläufen sind nur ein paar Beispiele dafür, und zwar schulform- und stadtteilunabhängig, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Es gibt etliche best practice Beispiele welche die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit des Einsatzes von Schulpsychologen und Schulsozialarbeitern an Schulen über alle Schulformen hinweg belegen. Frühzeitiges Wahrnehmen und Gegensteuern bei persönlichen und schulischen Fehlentwicklungen, die sich im Familien-, Schul- und Arbeitsumfeld bis hin zu Eskalation entwickeln können, ist enorm wichtig. Hierbei haben Kooperationen vor Ort, also an der Schule, bessere Chancen positive Veränderungen herbei zu führen. Es gilt durch verstärkten Ausbau von Schulsozialarbeiterstellen in allen Schulformen, Parallelstrukturen auf zu lösen und somit Multiprofessionalität vor Ort zu lassen, die eine Zusammenarbeit von allen Beteiligten gewähren kann.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Bis 2010 wird ein Verhältnis 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin zu 5.000 Schülern und Schülerinnen angestrebt. Bis 2015 soll 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin für 1.000 Schülerinnen und Schüler bzw. für 5 Schulen zuständig sein. (aus: "Schulpsychologie in Deutschland" -Berufsprofil-) Das hieße für Köln bezogen auf das Jahr 2010: Geht man von 265 allgemeinbildenden Schulen mit rd. 105.000 Schülern/-innen und einer Zahl von 17 Schulpsychologen/-innen aus (die Koordinatorenstelle

wurde abgerechnet, da sie für Fallarbeit nicht zur Verfügung steht), müssten 4 Schulpsychologenstellen zugesetzt werden, um die für 2010 angestrebte Relation von 1:5000 zu erreichen. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten pro Jahr von 52.000 EUR für die Arbeitsplätze sowie 290.400 EUR Personalkosten, also insgesamt 342.400 EUR. Nimmt man die 17 Berufsbildenden Schulen hinzu, so kommt man auf eine Schülerzahl von rd. 150.000 Schüler/-innen. D.h. man brauchte 30 Schulpsychologen/-innen. Es müssten also 13 Stellen zugesetzt werden. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten von 169.000 EUR für die Arbeitsplätze und 943.800 EUR Personalkosten pro Jahr, also insgesamt 1.112.800 EUR.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

##### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen

Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 214 / 59**

**Freie Fahrt zur Umweltbildung!!!!!!**

**Rang:** 59

**Stimmen pro:** 83

**Stimmen kontra:** 11

**Stimmen saldo:** 72

**Bezirke:** Gesamt Köln

**Vorschlagstext:**

Die Busfahrt zum Außerschulischen Lernort Freiluga in Köln Müngersdorf kostet für alle uns besuchenden Schulen viel Geld, dass besser in Unterrichtsmaterialien investiert werden sollte. Wir fordern eine kostenlose Busfahrt zur Umweltbildungsstätte Freiluga wie es schon bei den Schwimmfahrten gehandhabt wird, damit in Zukunft alle Kölner Schulen uns besuchen können, denn durch die jetzige Erhöhung dieser Busfahrten (130?) ist das für viele Schule nicht mehr möglich. Wir haben schon Absagen erhalten. Umweltbildung muss kostenlos sein!

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Kostenlose Busfahrten muss der Schulträger zu außerschulischen Unterrichtsorten anbieten, wenn lehrplanmäßiger Unterricht nur dort und nicht in der Schule stattfinden kann. Der Anspruch hängt allerdings auch davon ab, ob alle anderen Möglichkeiten (ÖPNV, zu Fuß) nicht in Betracht kommen. In diesem Zusammenhang werden z.B. etliche Busse zu Schwimmhallen eingesetzt. Der lehrplanmäßige Biologieunterricht kann auch in der Schule stattfinden. Daher besteht kein Anspruch auf Busfahrten zur Freiluga. Im Schuljahr 2008/2009 sind 123 Busfahrten zur Freiluga durchgeführt worden. Die Kosten wurden auf die Eltern der Schülerinnen und Schüler umgelegt. Auf der Basis der 123 Fahrten pro Jahr und einer angenommenen Kostensteigerung von ca. 5 % nach Neuausschreibung des Beförderungsvertrages zum Schuljahr 2013/2014 würden folgende, Kosten anfallen: 2010 ca. 16.900 EUR, 2011 ca. 16.900 EUR, 2012 ca. 16.900 EUR, 2013 ca. 17.300 EUR, 2014 ca. 17.700 EUR. Die Verwaltung weist ausdrücklich darauf hin, dass im Falle einer Kostenübernahme für die Freiluga-Fahrten auch Ansprüche auf Kostenübernahme zu anderen außerschulischen Lernorten geltend gemacht werden könnten. Außerdem könnte die

Nachfrage nach den Freiluga-Bussen ebenfalls steigen. Hierdurch würden die prognostizierten Kosten ggf. erheblich steigen.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

##### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 564 / 60**

## **Kurzfristige Lösung für die IHS Junkerdorf**

**Rang:** 60

**Stimmen pro:** 69

**Stimmen kontra:** 2

**Stimmen saldo:** 67

**Bezirke:** Lindenthal

### **Vorschlagstext:**

Um schon im nächsten Jahr ausreichend Plätze für Schulneulinge bereitstellen zu können, ist es, vor Neuplanung einer weiteren Schule in Junkersdorf, erst einmal unbedingt erforderlich, eine schnelle und realisierbare Dependance zur jetzigen Schule zu schaffen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt. Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependance sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 1293 / 62**

## **Köln braucht Volkshochschule**

**Rang:** 62

**Stimmen pro:** 67

**Stimmen kontra:** 3

**Stimmen saldo:** 64

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Bildung ist der Schlüssel zu einer wohlhabenden und gerechten Gesellschaft. Innerhalb unseres Bildungssystems leisten die Volkshochschulen seit Jahrzehnten einen unschätzbaren Beitrag: Sie bieten ein bezahlbares, vielfältiges und transparentes Angebot. Sie erfüllen hohe Qualitätsstandards. Sie gewährleisten Kontinuität und Verlässlichkeit, z.B. in der Vielfalt des Sprachkursangebotes. Bildung in Köln muss auch weiterhin bezahlbar und allen Bevölkerungsgruppen - auch den sozial schwächeren - zugänglich sein. Die aus anderen Ländern zugewanderten Kölner Bürger benötigen ein umfassendes Deutschkursangebot, um sich beruflich und sozial integrieren zu können. Daher beantragen wir im Haushalt der Stadt Köln zu berücksichtigen:  
Keine Kürzungen bei der Volkshochschule  
Keine Erhöhung der Teilnehmerbeiträge  
Sicherung und Ausbau des Sprachkursangebotes

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

In Anbetracht der derzeitigen Haushaltslage ist auch die Volkshochschule von Kürzungen betroffen. Um das Angebot der VHS auf dem bisherigen Niveau des Jahres 2009 aufrechtzuerhalten, wäre eine Rücknahme der vorgenommenen Kürzungen mit einem Gesamtvolumen von über 1 Mio EUR erforderlich. Von weiteren Einsparungen im Rahmen von Aufgabenabbau oder Standardreduzierungen müsste ebenfalls abgesehen werden.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 706 / 64**

## **Lebenshilfe durch Meditation**

**Rang:** 64

**Stimmen pro:** 93

**Stimmen kontra:** 31

**Stimmen saldo:** 62

**Bezirke:**

### **Vorschlagstext:**

Meditation in allen Lebensbereichen fördern! Das zentrale Element von vielen Gesellschaften, die für ein friedliches Miteinander bekannt sind, ist die Meditation. Diese Introspektion in der Tradition des mitfühlenden Handelns wirkt gegen Aggression und schafft offenen, inspirierenden Raum! Fangen wir im Kindergarten an, entwickeln wir es in der Schule weiter, bieten wir es Erwachsenen z.B. an der VHS an und fördern wir Organisationen, die eine grossartige (östliche) Tradition in die westliche Welt bringen. (Siehe z.B. <http://...>) Es ist kein Glaubenssystem, sondern praktisch erfahrbare, weltliche Praxis!! Langfristig ein großer Gewinn für die Gesellschaft - kurzfristig wohl mit Mehrausgaben verbunden.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Vorschlag ist bereits realisiert. Meditation und andere Entspannungstechniken gehören traditionell zum Programm der VHS. Die entsprechenden Kurse erfreuen sich großer Beliebtheit und werden in bedarfsdeckendem Umfang angeboten. Eine Notwendigkeit zur Ausweitung dieses Programmsegments ist daher nicht erkennbar, Mehraufwendungen entstehen somit nicht.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vor-

schläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 189 / 65**

## **Aufstockung des Etats für die Grundschulen**

**Rang:** 65

**Stimmen pro:** 66

**Stimmen kontra:** 5

**Stimmen saldo:** 61

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Mit dem Jahr zur Verfügung stehenden Etats für die Grundschulen, können sinnvolle Investitionen, wie z.B. der Bau von neuen Spielgeräten oder Beschaffung von veralteten Geräten für den Schulsport nur schwer umgesetzt werden. Die Grundschulen sind daher immer auf einen Förderverein angewiesen. Und auch hier sind die Mittel begrenzt. Es sollte geprüft werden, ob der Etat nicht im Sinne einer bildungsorientierten Politik aufgestockt werden kann.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

In den letzten Jahren sind durch politische Vorgaben und freiwillige Verpflichtungen des Schulträgers Stadt Köln zahlreiche kostenintensive, meist zusätzliche Schwerpunkte gesetzt worden, wie z.B. die Ganztagsbetreuung und die damit verbundenen Bau- und Ausstattungskosten in beträchtlicher Höhe. Diese Zusatzaufwendungen des Schulträgers führen zu keinen zusätzlichen Belastungen des Budgets der Schulen. Die Höhe der Mittel, die den Schulen u.a. über das Schulgirokonto zukommt, bemisst sich nach Anzahl der Schülerinnen und Schüler.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vor-

schläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 997 / 66**

## **Erweiterungsbau Hansagymnasium**

**Rang:** 66

**Stimmen pro:** 66

**Stimmen kontra:** 5

**Stimmen saldo:** 61

**Bezirke:** Innenstadt

### **Vorschlagstext:**

Das Hansagymnasium platzt seit vielen Jahren aus allen Nähten. Seit der Schulzeitverkürzung im Gymnasialbereich (G8) und dem damit verbundenen stark vermehrten Nachmittagsunterricht ist es noch viel schlimmer geworden. Ein Erweiterungsbau inkl. besseren räumlichen Möglichkeiten für Mittagessen und Betreuung/Freistunden ist deshalb dringend erforderlich geworden. Diese Probleme bestehen jetzt und nicht irgendwann, wenn es vielleicht einmal Geld dafür geben wird! Insofern muss hier wohl leider die Kommunalpolitik die Hausaufgaben für das Vorpreschen einer nicht sehr praxisbezogenen Landespolitik (Stichwort "Bildungshoheit") machen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Bevor konkrete Planungsschritte aufgenommen werden können, sind zunächst verwaltungsinterne Abstimmungen erforderlich, im Rahmen derer auch die Finanzierung zu prüfen ist. Eine Erweiterung des Hansa-Gymnasiums ist auch Bestandteil der geplanten "Bildungslandschaft Nord", zu deren Umsetzung noch keine abschließende Entscheidung in den politischen Gremien getroffen ist.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 188 / 67**

## **Anzahl Räume / Personal für den Betrieb der offenen Ganztagschule**

**Rang:** 67

**Stimmen pro:** 62

**Stimmen kontra:** 5

**Stimmen saldo:** 57

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Dem offenen Ganztag stehen hier oft nicht genügend Betreuungsräume mit der entsprechenden Ausstattung zu Verfügung. Es ist zwar ein Essensraum für die Essenseinnahme vorhanden und für die Erledigung der Hausaufgaben können Klassenräume in der Schule genutzt werden. Dennoch kommt es , auch wenn man diese Zeiten inklusive der Zeiten für die AGs berücksichtigt, trotzdem in den Stoßzeiten zu einer enorm hohen Kinderzahl in den Gruppenräumen (Verteilerzahl: 50 Kinder = 1 Betreuungsraum). Hierdurch werden Kinder sowie das Personal einem enorm hohen, gesundheitsschädigendem Lärmpegel ausgesetzt. Den Kindern ist es in dieser Situation kaum möglich, zu einem Zustand der Ruhe und Ausgeglichenheit zu gelangen, wie es nach einem langen Schultag wichtig wäre. Insbesondere Kinder mit Wahrnehmungsstörungen, wie Reizüberflutungen etc., erleben dies sicher als besonders belastend. Erstrebenswert wäre eine Gruppengröße von max. 25 Kindern, wodurch bei einer Betreuungszahl von durchschnittlich 100 Kindern in zweizügigen Grundschulen der Bedarf von zwei weiteren Räumen mit der entsprechenden Ausstattung und ebenfalls ein erhöhter Personalbedarf (in der Regel zwei Aufsichtspersonen pro Raum) entstehen würde, um Kinder adäquat beaufsichtigen zu können. Der Essraum kommt als Betreuungsraum dabei nicht in Frage, da dieser in der Regel schon durch diverse AGs belegt ist. Daher wird gefordert, dass mehr Räumlichkeiten mit der entsprechenden Ausstattung für den offenen Ganztagesbetrieb zur Verfügung gestellt werden können inklusive des erforderlichen zusätzlichen Personals. Als optimal wären hier ein Verteilerschlüssel 1 Raum für 25 Kinder mit 2 Betreuungspersonen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Zum Start der Umsetzung des Programms der offenen Ganztagschule (OGTS) im

Primarbereich und Festlegung des Raumprogramms war der Zuspruch zur OGTS (ständig steigende Bedarfe) noch nicht absehbar. Die Festlegung eines deutlich höheren Raumprogramms hätte weitaus mehr OGTS-Neubauten erfordert und eine Finanzierung aus OGTS-Fördermitteln wäre nicht möglich gewesen. Der Rat der Stadt Köln hat aufgrund der Finanzlage eine 100% Finanzierung aus OGTS-Fördermitteln beschlossen. Mit den neuen Raumprogrammleitlinien hat die Stadt Köln auf die steigenden Bedarfe/Anforderungen reagiert und setzt diese bei allen künftigen Neubauplanungen ein. Für die Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote des Offenen Ganztags im Primarbereich stehen neben den Betreuungsräumen generell auch alle übrigen Unterrichts- und Mehrzweckräume eines Schulgebäudes zur Verfügung - und das nicht erst bzw. einzig für die Lernzeiten (Hausaufgabenbetreuung und -hilfe). Daneben kann die Turnhalle, ein Forum - soweit vorhanden - sowie das Außengelände genutzt werden. Sofern die Platzkontingente an einzelnen Standorten 50% der insgesamt dort beschulten Kinder übersteigen, gehen Schulleitungen und Trägervereine zudem dazu über, durch die Rhythmisierung eines Zuges die Klassenräume noch intensiver dual zu nutzen.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanabschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 192 / 69**

## **Einsatz von Open Source an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen!**

**Rang:** 69

**Stimmen pro:** 61

**Stimmen kontra:** 5

**Stimmen saldo:** 56

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Durch den konsequenten Einsatz von Open Source Software könnte eine Menge an Lizenzgebühren für proprietäre Software eingespart werden. Dazu würden die Schülerinnen und Schüler im Umgang mit freier Software geschult und sie würden nicht weiter von der Partizipation am Unterricht ausgeschlossen, weil sich ihre Familie proprietäre Software nicht leisten kann.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Stadt Köln als Schulträgerin setzt in großem Umfang auf Open Source bzw. kostenlose Software. Leider lässt sich das nicht in allen Bereichen durchhalten, z.T. gibt es aber auch kein passendes Angebot. Da es sich um eine Schnittstelle von äußeren und inneren Schulangelegenheiten handelt, kann die Stadt hier nicht allein bestimmen. Denn für die Gestaltung des Unterrichts ist das Land NRW zuständig. Lediglich die Sachmittel werden vom Schulträger bereit gestellt. Dabei muss er aber auf die Inhalte des Unterrichts Rücksicht nehmen. Die Stadt Köln als Schulträgerin setzt in großem Umfang auf Open Source bzw. kostenlose Software. Leider lässt sich das nicht in allen Bereichen durchhalten, z. T. gibt es aber auch kein passendes Angebot. Da es sich um eine Schnittstelle von äußeren und inneren Schulangelegenheiten handelt, kann die Stadt hier nicht allein bestimmen. Denn für die Gestaltung des Unterrichts ist das Land NRW zuständig. Lediglich die Sachmittel werden vom Schulträger bereit gestellt. Dabei muss er aber auf die Inhalte des Unterrichts Rücksicht nehmen. oweit möglich werden darüber hinaus kostenlose bzw. speziell vergünstigte Schullizenzen verwendet. Ein Ansatz zur weiteren Steigerung des Einsatzes von Open Source Software ist gegenwärtig nicht erkennbar. Die Stadt Köln ist aber offen

dafür und wird, sobald sich weitere Möglichkeiten zeigen, hier weiter voranschreiten.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **Bezirksvertretung Nippes**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 414 / 70**

## **Reinigungs-/Aufsichtskraft für Schultoiletten**

**Rang:** 70

**Stimmen pro:** 60

**Stimmen kontra:** 4

**Stimmen saldo:** 56

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Ich schlage vor, an allen städtischen Schulen Reinigungs- und Aufsichtskräfte für die Schultoiletten einzustellen. Begründung: Die Toilettenanlagen an den städtischen Schulen sind teilweise in erbärmlichem Zustand. Zudem sind sie extrem schmutzig, weil offenbar nicht ordentlich gereinigt wird. Viele Kinder weigern sich inzwischen, diese Toiletten überhaupt zu benutzen. Es gibt viele Interessenten, die gerne dazu bereit sind, als 400 Euro-Job die Toilettenaufsicht und -reinigung zu übernehmen. Leider übernimmt die Stadt aber bislang keine Kosten. Das ist kurzsichtig und nicht wirtschaftlich, weil - mittelfristig die Renovierung teurer ist als die Kosten für die Beaufsichtigung - Die Nettokosten sich nochmals reduzieren, weil ggf. Sozialleistungen durch die 400 EUR ersetzt werden, die die Stadt sonst zahlen müsste - Unbeaufsichtigte und verschmutzte Räume die Schüler nicht dazu motivieren, mit dem Eigentum der Stadt Köln pfleglich umzugehen. - In Zeiten der Schweinegrippe Hygiene besonders wichtig ist.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat hat in seiner Sitzung vom 10.09.2009 dem Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen zugestimmt. Zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit ist in jedem Einzelfall mit der Schule ein Konzept zu erstellen, wie nach der Sanierung der Toiletten eine regelmäßige Reinigung sichergestellt und der ordnungsgemäße Zustand dauerhaft erhalten werden kann. Seitens der Verwaltung wurden u. a. folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Nutzerverhaltens erarbeitet: • Schlüsselvergabe während der Unterrichtszeit • Klassen erhalten Toiletten zugeordnet • Verstärkte Pausenaufsicht in den Sanitärbereichen • „Kontrollkinder“ (= Schüler/innen selbst) in der St. Martin-Schule und der RS Euskirchener

Str. überprüfen die Toilettenanlagen • Toilettenaufsicht (hier sind zwei Modelle denkbar: das Personal (möglichst geeignete Leistungsempfänger aus dem SGB II ggf. mit Erfahrung aus einem Integrationsjob) wird durch den jeweiligen Förderverein eingestellt oder auf der Basis von Integrationsjobs über zentrale Beschäftigungsträger beschäftigt. Eine Beschäftigung unmittelbar durch die Stadt Köln ist nicht möglich. Neben der Bewirtschaftung der WC-Anlagen durch einen Förderverein, ist auch eine Umsetzung z.B. durch Schülerfirmen, Schulträgerpersonal und Beschäftigungsträger möglich. Die Gesamtschule in Köln-Holweide beschäftigt seit mehreren Jahren erfolgreich eine Toilettenaufsicht. • Sanitärkonzept gegen Vandalismus. Im Schulzentrum Pesch wurde in einem Modellversuch eine Toilettenanlage mit geringem finanziellen Aufwand erheblich verbessert. Die zuvor baulich hergerichtete Anlage erhielt ein neues gesponsertes Papier- und Spendersystem sowie neue Abfallbehälter. Diese von der Elternpflegschaft und der Schülervvertretung unterstützte Maßnahme bewirkte weniger Zerstörungen, größere Akzeptanz und ein verbessertes Hygieneverhalten der Schüler. Daneben sollen nachstehende Aspekte bei den zu vereinbarenden Konzepten Berücksichtigung finden: • Einbindung der Schulhausmeister in die Wartung und Erhaltung der Toilettenanlagen durch Aufnahme einer entsprechenden Regelung in die Zielvereinbarung des bei der Stadt Köln eingesetzten Anreizsystems der leistungsorientierten Bezahlung –LOB- gem. § 18 TVÖD. • Berücksichtigung einer vandalismussicheren Ausstattung bei Sanierung und Neubau von Toilettenanlagen und Verfügu ng/Versiegelung der Fliesen mit Epoxidharz um das Eindringen von Urin und damit eine Geruchsbildung zu verhindern. • Ausweitung der Reinigungsintervalle, insbesondere bei den Ganztags schulen, auf zwei Reinigungen pro Tag. Angebot im Rahmen eines Pilotprojektes auf Umstellung von der Intervallreinigung auf die sogenannte „Ergebnisorientierte Reinigung“. Die sich aus den vorstehend genannten Maßnahmen zur Verbesserung des Nutzungsverhaltens bzw. zur Nachhaltigkeit der Sanierungen erhebenden künftigen Kosten können derzeit noch nicht beziffert werden.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 1671 / 71**

## **Freier Eintritt für Schulklassen**

**Rang:** 71

**Stimmen pro:** 59

**Stimmen kontra:** 4

**Stimmen saldo:** 55

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Außerschulische Lernorte sind für SchülerInnen und Schulklassen überaus wichtig. Einerseits ist eine erlebte Wissensvermittlung durch externe ExpertInnen nachhaltig, andererseits zeigen Ausflüge dieser Art in der Regel einen positiven Effekt für das Klassenklima und fördern soziale Kompetenzen und Selbstständigkeit. Soziale Kompetenzen erlernen ist ebenso wichtig wie Fachwissen. Beides wird durch außerschulische Lernorte und -erlebnisse vermittelt und beeinflusst die Handlungsfähigkeit jedes Einzelnen positiv. Um dies Schulklassen regelmäßig zu ermöglichen, ist es gerade unter dem Aspekt der Chancengleichheit für unsere SchülerInnen nötig, solche Vorhaben nicht durch Kosten blockiert zu haben. Wir fordern daher freien Eintritt in Museen und andere städtische Einrichtungen sowie kostenfreie Führungen z.B. auch im Kölner Dom. Ebenso müssen die An- und Abfahrten zu den Ausflugsorten kostenfrei sein.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Grundsätzlich sind dezentrale Angebote sehr zu befürworten, insbesondere wenn diese in enger Kooperation mit bestehenden, verbindlichen Strukturen wie Schulen (oder dem Jugendbereich) stattfinden. Eine Umsetzung angesichts der angespannten Haushaltslage ist jedoch fraglich.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 151 / 72**

## **Ein Klassen-Gruppenticket für jede Schule**

**Rang:** 72

**Stimmen pro:** 56

**Stimmen kontra:** 3

**Stimmen saldo:** 53

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Damit Klassen-Tagesfahrten einfacher zu organisieren sind (kein Geld einsammeln, ...) schlage ich vor in jeder Schule ein Gruppen-Ticket zu deponieren (Sekretariat) , mit dem eine komplette Klasse mit Begleitpersonen sofort und jederzeit losfahren kann. Besuche von Museen, Schwimmbädern und allen anderen Kölner Atraktionen wird so vielen Kindern ermöglicht. Ohne ein solches Ticket gehen Schulen Ausflüge verständlicherweise sehr selten an. Pro Schule ein Jahres-Ticket für die Monate der Unterrichtszeit, vielleicht geht das ja sogar ohne nennenswerte Kosten, wenn durch diese "Werbemaßnahme" wieder neue Kunden für das Schülerticket gewonnen werden.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Im Rahmen des VRS Gemeinschaftstarifs werden für Kölner Schüler verschiedene Tickets bereits angeboten. Schüler von weiterführenden Schulen: Von ca. 64.000 berechtigten Schülern beziehen ca. 54.000 Schüler das Schüler-Ticket zum Monatspreis von 16,10 EUR mit einer vrs-netz weiten Gültigkeit und einer Geltungsdauer "rund um die Uhr". Somit hätten diese Berechtigten kurzfristig Tickets für Schulausflüge. Mitunter wohnen Schüler in direkter Nachbarschaft zur Schule und schließen somit keinen SchülerTicket-Vertrag ab, sondern kaufen sich für den Freizeitverkehr das JuniorTicket zu 13,20 EUR. Somit müssten diese Schüler nur ein Ticket für die Hinfahrt kaufen (in jeder Bahn und in jedem Bus befindet sich ein mobiler Ticketautomat), für die Rückfahrt ab 14:00 Uhr gilt das JuniorTicket. Somit wären auch diese Schüler mit Tickets für Schulausflüge versorgt. Schüler von Kölner Grundschulen: Aufgrund von zahlreichen Anfragen seitens der Kölner Grundschulen wird seit dem Kalenderjahr 2008 ein TeilnehmerTicket für Schulausflüge den Kölner Grundschulen

angeboten. Preis dieses Tickets: 2,20 EUR. Dieses Ticket kann bis zu vier Arbeitstage vor dem Schulausflug direkt bei der KVB per Telefon oder E-Mail bestellt werden; das Zusenden erfolgt postalisch. Ein persönliches Abholen der Tickets bei der KVB Westforum ist möglich. Der Empfänger der Tickets erhält eine Rechnung, die per Banküberweisung beglichen wird. Aufgrund der beschriebenen Ticketangebote besteht für Schulen die Möglichkeit, zeitnah Tickets zu bestellen. Die Lehrer haben die Möglichkeit, bei einer Schulausflugplanung, entsprechende Tickets kurzfristig für den Schulausflug auch über ca. 700 mobile Verkaufsautomaten, ca. 120 stationäre Verkaufsautomaten und 140 eigene und private Vertriebsstellen zu kaufen. Zur Zeit wird geprüft, das SchülerTicket für Kölner Grundschüler anzubieten. Verhandlungen mit den Gremien laufen. Seitens der VRS GmbH und seinen Partnerunternehmen ist nicht beabsichtigt, das Ticketsortiment, wie in der Anfrage dargestellt, zu erweitern. Das jetzige vielfache Ticketsortiment ist für Schulausflüge mehr als ausreichend; des Weiteren ist die von den Kunden gewünschte Ticketangebotstransparenz zu wahren

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanabschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 896 / 74**

## **Bildungslandschaft HöVi**

**Rang:** 74

**Stimmen pro:** 50

**Stimmen kontra:** 1

**Stimmen saldo:** 49

**Bezirke:** Kalk

### **Vorschlagstext:**

Ende 2008 hat der Rat der Stadt Köln die Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst beschlossen und auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die bestehenden Bildungsangebote in einem erweiterten Bildungsverständnis besser aufeinander abzustimmen, die Bildungschancen für die Menschen im Viertel zu verbessern, die Bildungsbeteiligung zu erhöhen und das Raumangebot für Bildung zu optimieren. Der Startschuss für die Bildungslandschaft durch die Schuldezernentin und die federführend beteiligte GAG Immobilien AG fiel im März diesen Jahres. Seitdem konnte schon einiges erreicht werden. So wurden die vorhandenen Bildungsräume in den Blick genommen, erste Optimierungen im Bestand durchgeführt, mit pädagogischen Fachleuten des Sozialraums über ein gemeinsames Bildungsverständnis diskutiert und erste Leitlinien für einen gemeinsamen Bildungsrahmen entwickelt. Insgesamt hat sich allein auf der pädagogischen Ebene ein Netzwerk mit über 30 Vertretern ergeben, das Interesse der beteiligten Fachämter ist ebenfalls groß. Es fehlt jedoch der entscheidende und mutige Schritt zu einem gemeinsamen, umfassenden Bildungskonzept, an dem sich auch bauliche Maßnahmen orientieren können. Hierzu bedarf es einer kontinuierlichen und intensiven Federführung durch einen Kommunikationsprofi. Diese Fachkraft muss in der Lage sein, die verschiedenen pädagogischen Ebenen, bestehend aus formaler Bildung, non-formaler Bildung und informeller Bildung, zusammenzuführen und die Akteure zu befähigen, sich auf ein gemeinsames Rahmenkonzept zu verständigen. Dies ist keine Aufgabe, die von irgendeiner Stelle nebenbei erledigt werden kann, sondern bedarf der konzentrierten Arbeit und zielgerichteter Entwicklung. Das Stadtteiltreffen Höhenberg/Vingst, die Arbeitsplattform der haupt- und ehrenamtlichen Akteure des Stadtteils, hat deswegen in seiner letzten Sitzung seine Sprecher einstimmig beauftragt, im Rahmen des Bürgerhaushaltes einen entspre-

chenden Antrag einzubringen. Das Stadteiltreffen hat sich dafür ausgesprochen, dass diese Funktion von einer Person mit mindestens einer halben Stelle für einen mittelfristigen Zeitrahmen ausgefüllt sein soll. Im Vordergrund der Tätigkeit muss die Konzeptentwicklung gemeinsam mit den Akteuren vor Ort stehen. Dies erfordert in erster Linie ein kommunikatives Profil und einen pädagogischen Background, sowie ein fundiertes Wissen aus dem Bereich Netzwerksteuerung. Die Einrichtung einer solchen Stelle für mind. drei Jahre wird hier beantragt.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat hat in seiner Sitzung am 13.11.2008 die Weiterentwicklung der Bildungsarbeit in den Stadtteilen Höhenberg und Vingst beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde festgelegt, dass für die pädagogische Begleitung einer Konzeptentwicklung ein Förderantrag beim Schulministerium gestellt werden sollte mit dem Ziel der Freistellung einer Lehrkraft. Diesem Antrag wurde nicht entsprochen. Im Übrigen wird inzwischen die Priorität auch nicht mehr auf eine Pädagogin gelegt, sondern vielmehr auf eine Kraft mit Management- und Kommunikationsfähigkeiten. Der nun vorliegende Antrag ist fachlich grundsätzlich nachvollziehbar. Mit diesem Antrag soll jedoch eine der Grundlagen des Ratsbeschlusses korrigiert werden, indem die ursprünglich beabsichtigte Landesbeteiligung nun durch eine kommunale ersetzt werden soll. Inwieweit der Umfang einer halben Stelle erforderlich ist, kann jedoch nicht beurteilt werden, er erscheint recht hoch veranschlagt. Die Verwaltung ist nicht in der Lage, aus vorhandenen Personalressourcen eine Kraft im Umfang einer halben Stelle zur Verfügung zu stellen. Die Einstellung einer Mitarbeiterin ist aus Gründen der prekären Haushaltssituation aus den vorhandenen finanziellen Ressourcen ebenfalls nicht möglich. Die Personalkosten würden für eine halbe Stelle rd. 37.500 EUR zzgl. Arbeitsplatzkosten von 13.000 EUR pro Jahr. betragen. Bezogen auf die beantragte Dauer von 3 Jahren ergäbe sich ein Kostenvolumen von insgesamt ca. 150.000 EUR.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Kalk**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

## **Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmetscher für den Elternsprechtag**

**Rang:** 75

**Stimmen pro:** 50

**Stimmen kontra:** 1

**Stimmen saldo:** 49

**Bezirke:**

### **Vorschlagstext:**

Es ist unzumutbar für die hörbehinderten Eltern der hörenden Kinder beim Elternsprechtag ohne Kommunikationshilfe zu verständigen. Die hörbeh. Eltern können sich nicht leisten, die Kosten der schulpflichtigen Kindern im Elternsprechtag auch noch selbst für den Einsatz der Gebärdensprachdolm aufzukommen. Trotz der div. Gesetze, die deutlich hingewiesen wurde, dass bei öffentlichen Träger die Kosten für die Kommunikationshilfe übernehmen müssen, wurden bis heute nicht umgesetzt!

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Das "Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein Westfalen (BGG NRW)" sowie die "Richtlinie für den Einsatz von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen bei der Stadtverwaltung Köln" regelt den Einsatz von Kommunikationshilfen, soweit dies zur Wahrnehmung eigener Rechte in einem Verwaltungsverfahren erforderlich ist und eine schriftliche Verständigung nicht möglich ist. Dies wird in den Verwaltungsverfahren bei der Stadt Köln auch so umgesetzt. Im Falle einer Teilnahme gehörloser Eltern an schulischen Veranstaltungen wie Elternsprechtagen, Elternversammlungen und ähnlichem handelt es sich nicht um die Durchführung eines Verwaltungsverfahrens im Sinne der Richtlinien. Eine Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher seitens des Schulträgers ist hier nicht vorgesehen. Soweit Kostenübernahmen für Kommunikationshilfen bei Sozialhilfeträgern im Rahmen des Sozialgesetzbuches beantragt werden, sind die maßgeblichen Einkommensgrenzen zu berücksichtigen. Die Kosten für die bisher beantragten Leistungen betragen ca. 1.000 EUR pro Jahr

## **Voten Bezirksvertretungen:**

### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 558 / 77**

## **Schulsanierung (Erweiterungsbau Gymnasium Wahn)**

**Rang: 77**

**Stimmen pro: 51**

**Stimmen kontra: 5**

**Stimmen saldo: 46**

**Bezirke: Porz**

### **Vorschlagstext:**

Seit 2000 wurden von der Stadt Köln jedes Jahr ca. 80 Mio. Euro für Schulsanierungen ausgegeben. Leider reichte diese enorme Summe immer noch nicht aus, um alle maroden Gebäude instandzusetzen. Daher darf der Haushaltsansatz für Schulsanierung auf keinen Fall reduziert werden! Als kurzfristige Maßnahme fordern wir: Zügige Realisierung des benötigten Erweiterungsbaus für das Maximilian-Kolbe-Gymnasium in Porz-Wahn.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 die Planungsaufnahme für die Errichtung eines gemeinsamen Erweiterungsbaus für das Gymnasium Nachtigallenstr. (Maximilian-Kolbe-Gymnasiums) sowie die Realschule Albert-Schweitzer-Str. (Otto-Lilienthal-Schule) beschlossen. Das Raumprogramm umfasst 10 Unterrichtsräume, eine Bibliothek sowie die notwendigen Räume für den Ganztagsbereich (Küche, Speiseräume, Freizeit- und Betreuungsräume). Die Gesamtkosten hierfür wurden überschläglich mit rd. 11,4 Mio. Euro geschätzt. Zur Zeit erfolgt in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren die Architektenauswahl. Ein konkreter Realisierungszeitraum kann erst nach Abschluss der Planungsleistungen erstellt werden, was voraussichtlich im 2. Halbjahr 2011 der Fall sein wird.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Porz**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 1288 / 79**

**erhöhtes Stundendeputat für Rhythmisierung an der KGS Mainzer Straße**

**Rang:** 79

**Stimmen pro:** 49

**Stimmen kontra:** 5

**Stimmen saldo:** 44

**Bezirke:** Innenstadt

**Vorschlagstext:**

Sehr geehrte Damen und Herren, in unserer Grundschule lernen und leben 390 Kinder - davon 291 im Ganzttag (2010/11 voraussichtlich 320 im Ganzttag) zusammen mit über 60 LehrerInnen und PädagogInnen von 7.30 Uhr bis 16 (teilweise 17) Uhr. Die vorhandenen Räumlichkeiten wurden von uns bestmöglich und umfangreich für das gemeinsame Zusammenleben in den Sommerferien umgestaltet (und werden es noch) - um so viel Raum für unsere Kinder zum Spielen, Lernen, Essen, Ausruhen, Kreativ sein, Forschen ... wie möglich zu schaffen. Alle sind mit viel Eifer und Herzblut dabei. Im nächsten Schuljahr wollen wir auch mehr und sinnvoller die Zeit umstrukturieren - angepasst an den Biorhythmus unserer Kinder im idealen Wechsel Konzentration - Entspannung - Bewegung - Sozialem Miteinander. Allerdings steht diesem Vorhaben eine Rahmenbedingung besonders im Weg: Unser OGS-Team aus Gruppenleitungen und Assistenten hat zu wenig Stunden. Der Träger tut alles, um so viele Stunden wie möglich zur Verfügung zu stellen, aber die Finanzen sind sehr sehr knapp. Zur gelingenden Umsetzung - für ein angemessenes Zedit und Raumkonzept - benötigen wir ein erhöhtes Stundendeputat unserer OGS-PädagogInnen!

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Nicht allein die Katholische Grundschule Mainzer Str. sondern darüber hinaus weitere Offene Ganzttagsschulen in Köln haben ihr standortbezogenes pädagogisches Konzept hinsichtlich der Verzahnung der außerunterrichtlichen Angebote mit dem lehrplanmäßigen Unterricht fortgeschrieben. Diese Entwicklung erfolgt mit der Zielsetzung, die Schule sukzessive über das "additive System", in dem Vor- und Nachmittag aufeinander aufbauen, hinaus zu einem wirklich rhythmisierten Schultag, bei

dem sich Unterricht sowie Betreuungs- und Förderangebote abwechseln, umzugestalten. Aufgrund der fehlenden finanziellen wie rechtsgestaltenden Unterstützung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW bei diesem innovativen Fortschritt, sind die Schulen und Träger hierbei bislang auf das freiwillige Engagement der einzelner Akteure vor Ort angewiesen. Der so beschriebene Trend wird seitens der Schulverwaltung befürwortet und wurde beispielhaft im Rahmen einer Zukunftswerkstatt begleitet. Zudem dient eine auf vielfachen Wunsch der Kooperationspartner geplante Fortbildungsveranstaltung im 2. Schulhalbjahr dazu, den Austausch von Trägern und Schulleitungen zu diesem Thema zu ermöglichen. Aufgrund der jedoch fehlenden Praxis können die finanziellen Auswirkungen der notwendigen Erhöhung der Stundendeputate seitens der Schulverwaltung zum jetzigen Zeitpunkt für alle Schulen, die mit einem rhythmisierten Schultag starten möchten, nicht konkret beziffert werden.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

**Nr: 27 / 80**

**Renovierung der Schulsporthalle des Georg-Büchner Gymnasium in Weiden  
absolut nötig**

**Rang:** 80

**Stimmen pro:** 46

**Stimmen kontra:** 2

**Stimmen saldo:** 44

**Bezirke:** Lindenthal

**Vorschlagstext:**

Die Schulsporthalle, die vom Gymnasium und der Hauptschule in Weiden benutzt wird, entspricht absolut nicht mehr den Mindeststandard einer Schulsporthalle. Die Ausstattung ist veraltet, marode und es fehlt an einer Grundausstattung von Geräten.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Sanierung des Schulzentrums Weiden einschließlich der Sportstätten ist mit weiteren Schulstandorten Teil des vom Rat beschlossenen dritten Ausschreibungspakets der ÖPP-Projekte (Öffentliches Privates Partnership) zur Sanierung städtischer Schulgebäude. Nachdem in den Vorbereitungen der hierzu notwendigen Verfahrensabläufe zunächst erhebliche und in diesem Umfang auch so nicht vorhersehbare Probleme ausgeräumt werden mussten, die zu Verzögerungen beigetragen haben, kann nunmehr in diesem Jahr das europaweite Ausschreibungsverfahren eingeleitet werden. Zielsetzung ist es, unter Berücksichtigung dieser sehr komplexen Abläufe einen Vertragsabschluss sowie die Beauftragung dann in 2011 und einen Baubeginn an allen in diesem Sanierungspaket enthaltenen Schulstandorten ab 2012 zu erreichen.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 1075 / 81**

## **Augenmerk auf die Gesamtschulen**

**Rang:** 81

**Stimmen pro:** 55

**Stimmen kontra:** 12

**Stimmen saldo:** 43

**Bezirke:**

### **Vorschlagstext:**

Ich fordere Sie freundlichst auf, ein besonderes Augenmerk auf die Gesamtschule zu legen. In der heutigen Zeit ist Bildung die einzige Form eine stabile Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Schulbildung = Arbeit = Arbeit = stabiler Haushalt. Hier muss man sich überlegen, dass die 10 Jährigen hier in eine Struktur gepresst werden, welches ihre Zukunft maßgeblich und nachhaltig in eine bestimmte Richtung leitet - mit Anfang der 4. Klasse werden die Schulformen von den Lehrern festgelegt. - Ohne zu berücksichtigen, ob das Kind ein Spätzünder ist - und einfach etwas mehr Zeit braucht. --- Einmal auf eine bestimmte Schulform festgelegt, bleibt man in diesem Kreisel- - Mit einer Gesamtschule ist dieser Kreislauf zu unterbrechen. - Jedes Kind hat hier die Chance sich in seinem Tempo zu entwickeln - jedes Kind hat auch das RECHT auf die bestmögliche Bildung. Bildungsabschlüsse sind hier nachweislich höher, als vorher prognostiziert. - Im Sinne der Gesellschaft, im Sinne aller Kinder, im Sinne der zukünftigen Arbeitnehmer fordere ich Sie auf, die Gesamtschulen zu unterstützen. Mit freundlichen Grüßen Kerstin Müller La Tragna Schulpflegschaftsvorsitzende der Gesamtschule Rodenkirchen

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen. Damit ist in jedem Stadtbezirk in Köln, mit Ausnahme von Lindenthal mindestens eine Gesamtschule vorhanden. Im Stadtbezirk

---

Innenstadt werden 2 Gesamtschulen in privater Trägerschaft geführt. Gem. § 17 Abs. 1 Schulgesetz NRW (Gesamtschule) ermöglicht die Gesamtschule in einem differenzierten Unterrichtssystem Bildungsgänge, die ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schulformen zu allen Abschlüssen der Sekundarstufe I führen. Abs. 2 führt aus, dass die Gesamtschule die Klassen 5 - 10 (Sekundarstufe I) und die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II) umfasst. Als wesentliches Merkmal der Gesamtschule ist daher die sog. Leistungsheterogenität zu sehen. Die Schülerschaft einer Gesamtschule muss so zusammengesetzt sein, dass aus der eigenen Schülerschaft eine gymnasiale Oberstufe gebildet werden kann. Unabhängig vom Zeitpunkt der Differenzierung in unterschiedliche Leistungsgruppen ist es dennoch erforderlich, dass unter Berücksichtigung der anerkannten Förderbedingungen an Gesamtschulen, eine ausreichende Anzahl von Kindern in die gymnasiale Oberstufe wechseln kann, um dort ein vertretbares pädagogisches Angebot zu ermöglichen. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte wird im Rahmen der Schulentwicklungsplanung auch zukünftig geprüft, wie die die Platzzahlen an Gesamtschulen weiterhin erhöht werden können.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanabschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 832 / 82**

**Kein Interesse für das Thema Jungen und Bildung?**

**Rang:** 82

**Stimmen pro:** 48

**Stimmen kontra:** 5

**Stimmen saldo:** 43

**Bezirke:**

**Vorschlagstext:**

Bildung lohnt immer! sagt der Frauenrat. Aber auch Männer- und Väterninitiativen meinen, Bildung für alle sei das wichtigste Kapital für zukünftiges Wohlergehen. MANNDat mahnt, Jungen würden endgültig zu Bildungsverlierern, wenn nicht Mütter und Väter, Lehrer/innen und Erzieher/innen von der Politik einen anderen Umgang mit der sinkenden Bildungsleistung von Jungen einforderten. Es sei ein Irrtum, dass die wachsenden Defizite der männlichen Hälfte des Nachwuchses keine Folgen haben für das eigene Fortkommen und die Wirtschaftsleistung des Standorts. Schon heute müssen riesige Summen für Nachqualifizierung ausgegeben werden, die in der qualifizierenden Weiterbildung fehlen. Der Kölner Bildungsbericht muss Informationen und Zahlen bereitstellen und Lösungen für die städtische Bildungspolitik aufzeigen.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtsbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Fach- und Dienstaufsicht über die Schulen und Studienseminare, Fachaufsicht für Unterrichtsfächer und -inhalte, Beratungs- und Steuerungsfunktion bei schul- und schulformbezogenen Angelegenheiten, Feststellung des Unterrichtsbedarfs und Stellenbewirtschaftung, Qualitätsentwicklung und Sicherung von Schule und Unterricht, Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 1559 / 83**

## **Verstärkte Kooperation der Rheinischen Musikschule mit allen Schulen**

**Rang:** 83

**Stimmen pro:** 43

**Stimmen kontra:**

**Stimmen saldo:** 43

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Die Kooperation der Rheinischen Musikschule sollte mit allen Schulen über alle Schulformen hinweg ausgebaut werden, so dass die Kurse in den Schulen im Nachmittagsbereich mit eingebunden werden. Die musische Förderung von Kindern und Jugendlichen stellt einen wichtigen Beitrag zu Bildung, Erziehung und Kanalisation von Gefühlen dar. Durch die verstärkte Integration des Kursangebots in den Schulen werden Wegstrecken und Kosten gespart und gleichsam die SchülerInnen gefördert und auch in ihren sozialen Kompetenzen gestärkt.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Rheinische Musikschule hat ihre Unterrichtsangebote in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut und ist inzwischen an 86 verschiedenen Unterrichtsorten tätig. Im Rahmen der personellen und finanziellen Ressourcen wird die Rheinische Musikschule ihr Angebot weiter ausbauen. Zunehmend stellt jedoch das Beschäftigungsverhältnis als Honorarlehrer die Musikschule vor das Problem, geeignetes Personal zu gewinnen.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.



**Nr: 438 / 84**

## **Begabtenförderung**

**Rang:** 84

**Stimmen pro:** 51

**Stimmen kontra:** 9

**Stimmen saldo:** 42

**Bezirke:**

### **Vorschlagstext:**

An 7 Kölner Grundschulen gibt es seit mehreren Jahren das Projekt Begabtenförderung. An diesen Schulen erhalten hochbegabte und besonders begabte Schülerinnen und Schüler Unterstützung in Form von zusätzlichen Kursen. Organisiert und betreut wird das Projekt vom Schuppsychologischen Dienst der Stadt Köln. Die Förderkräfte werden über diese Projektmittel bezahlt. Dieses Projekt darf nicht eingespart werden! Es ist für die betroffenen Kinder eine wirklich notwendige und unerlässliche Hilfe um ihre Schulzeit positiv erleben und gestalten zu können.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Fachstelle Hochbegabung Köln hat laut Ratsbeschluss eine Laufzeit bis 2011, dannach muss eine neue Entscheidung getroffen werden. Die Erhaltung der Fachstelle wäre aus Sicht der Schulverwaltung sehr zu begrüßen. Vor den in Anbetracht der Haushaltssituation notwendigen Kürzungen der Sachmittel um 12,5% standen pro Jahr 310.000 EUR zur Verfügung.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

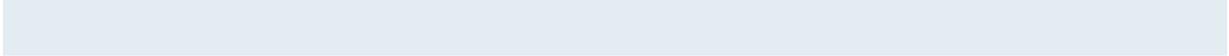
**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vor-

schläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 83 / 86**

## **mehr Personal in Schulen**

**Rang:** 86

**Stimmen pro:** 43

**Stimmen kontra:** 1

**Stimmen saldo:** 42

**Bezirke:**

### **Vorschlagstext:**

Nachdem die Reformen in den Schulen "angekommen" sind, denke ich, sind auch die Probleme sichtbar. Der Unterrichtsstoff ist kaum noch zu vermitteln, die Klassen nach wie vor zu groß, der Umgang mit und unter den SchülerInnen oft konfliktbelastet (Mobbing, Amokläufe etc.) Man müsste also mehr Geld in die Bildung stecken. Sprich: Mehr Lehrerstellen, mehr Soz.arb.stellen oder Schulpsychologen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Bis 2010 wird ein Verhältnis 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin zu 5.000 Schülern und Schülerinnen angestrebt. Bis 2015 soll 1 Schulpsychologe/Schulpsychologin für 1.000 Schülerinnen und Schüler bzw. für 5 Schulen zuständig sein. (aus: "Schulpsychologie in Deutschland" -Berufsprofil-) Das hieße für Köln bezogen auf das Jahr 2010: Geht man von 265 allgemeinbildenden Schulen mit rd. 105.000 Schülern/-innen und einer Zahl von 17 Schulpsychologen/-innen aus (die Koordinatorenstelle wurde abgerechnet, da sie für Fallarbeit nicht zur Verfügung steht), müssten 4 Schulpsychologenstellen zugesetzt werden, um die für 2010 angestrebte Relation von 1:5000 zu erreichen. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten pro Jahr von 52.000 EUR für die Arbeitsplätze sowie 290.400 EUR Personalkosten, also insgesamt 342.400 EUR. Nimmt man die 17 Berufsbildenden Schulen hinzu, so kommt man auf eine Schülerzahl von rd. 150.000 Schüler/-innen. D.h. man brauchte 30 Schulpsychologen/-innen. Es müssten also 13 Stellen zugesetzt werden. Daraus ergäben sich zusätzliche Kosten von 169.000 EUR für die Arbeitsplätze und 943.800 EUR Personalkosten pro Jahr, also insgesamt 1.112.800 EUR.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 1178 / 87**

**Sanierung der Schultoiletten in der Lise-Meitner-Gesamtschule Köln-Porz**

**Rang:** 87

**Stimmen pro:** 43

**Stimmen kontra:** 1

**Stimmen saldo:** 42

**Bezirke:** Porz

**Vorschlagstext:**

Der Zustand unserer Schultoiletten ist unaussehlich! Die Schultoiletten sind heruntergekommen, kaputt und stinken nach Urin. Außerdem, ist der Gang zur Toilette äußerst unhygienisch, da es keine Möglichkeiten gibt sich vernünftig die Hände zu waschen und abzutrocknen. Keine Seife! Keine Abtrockentücher! Überschwemmungen durch verstopfte Toiletten sind nichts Ungewöhnliches. Der alarmierende Zustand ist schon lange bekannt und trotzdem wurde bisher nichts unternommen! Wir fordern eine Sanierung der Schultoiletten sowie ein System, das den intakten Zustand der Toiletten langfristig gewährleistet! Die Oberstufe der Lise-Meitner-Gesamtschule Köln-Porz

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 das von der Verwaltung erarbeitete Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen mit einem Kostenaufwand von rd. 16,3 Mio. EUR beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung des Programms innerhalb der nächsten beiden Jahre beauftragt. An der sukzessiven und termingerechten Umsetzung des sehr umfangreichen Sanierungsprogramms arbeitet die Verwaltung mit größtem Nachdruck. Die Toilettenanlagen in der Lise-Meitner-Gesamtschule in Köln-Porz, Stresemannstr., sind mit bisher geschätzten Kosten von rd. 400.000 EUR Bestandteil dieses Programms. Die Verwaltung bereitet z.z. die hierfür notwendigen öffentlichen Ausschreibungen vor. Vorbehaltlich eines reibungslosen Verfahrensablaufs wird angestrebt, noch in den Sommerferien 2010 mit den Arbeiten zu beginnen.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.



**Nr: 33 / 88**

## **Einsatz der Gebärdensprach- Dolmetscher in der VHS!**

**Rang:** 88

**Stimmen pro:** 47

**Stimmen kontra:** 6

**Stimmen saldo:** 41

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Am Leben in der Gemeinschaft teilhaben (unter § 5 SGB IX) im Bezug auf Menschen mit Hörbehinderung möchte ich mein Vorschlag einbringen und zwar: Hilfe fürs Zusammenleben; zu einem selbstbestimmten Leben in unserer Gesellschaft gehört mehr als eine gute medizinische Betreuung und eine angemessene Arbeit. Dazu gehören auch der Zugang zu Behörden, VHS und Reha-Träger, Erleichterungen bei der Kommunikation wie z. B. den Einsatz der Gebärdensprachdolmetscher an der VHS, um die Bildung der hörbehinderten Menschen zu fördern bzw. den Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Bisher ist kein Zugang der hörbehinderten Menschen zu VHS möglich, weil sie die VHS-Gebühren noch zusätzlich den Kosten für den Einsatz der Gebärdensprachdolm. nicht aufbringen können. Sogar die Ratifizierung der UN-Konvention vom Nov 2008 steht die Aussage: Besonders brisant für das deutsche Bildungssystem ist Artikel 24 der Konvention. Dort heißt es wörtlich aus dem englischen Text übersetzt: "Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht behinderter Menschen auf Bildung. Um die Verwirklichung dieses Rechts ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu erreichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein inklusives\* Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslange Fortbildung, ...". Daher möchte ich Euch bitten, meinen Vorschlag die Kosten der Gebärdensprachdolmetscher beim Einsatz in der VHS zu übernehmen, wenn die hörbehinderten Menschen zu den Kursen gemeldet sind.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Vorschlag ist rechtlich umsetzbar und faktisch bereits teilweise realisiert. Auch bisher erfolgt bereits der Einsatz von Gebärdendolmetschern in Veranstaltungen der Volkshochschule. Allerdings beschränkt sich dieser grundsätzlich nur auf Veranstal-

tungen, die sich gezielt an hörbehinderte Menschen richten. Diese sind in der Programmankündigung entsprechend gekennzeichnet. Darüber hinaus kann bei Bedarf in Vortragsveranstaltungen auch eine mobile Schwerhörigenanlage eingesetzt werden, mit deren Unterstützung Hörgeräteträger dem Vortrag akustisch folgen können. Außerhalb des eingangs erwähnten Veranstaltungsspektrums ist für die VHS nicht im Vorfeld erkennbar, ob es sich bei den angemeldeten Teilnehmern um Hörbehinderte handelt. Die Einrichtung verfügt über kein eigenes Personal, das als Gebärdendolmetscher in Veranstaltungen eingesetzt werden kann. Die entsprechenden Leistungen müssen daher extern eingekauft werden. Die Kosten für den Einsatz eines solchen Gebärdendolmetschers belaufen sich derzeit auf rd. 75 EUR/Stunde. Bei längeren Veranstaltungen ist außerdem der Einsatz eines zweiten Dolmetschers erforderlich. Anhaltspunkte über den Umfang der sich aus dem Vorschlag ergebenden finanziellen Mehrbelastung existieren derzeit nicht.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 1549 / 89**

**Informations- und Kommunikationsplattform für Kölner Schulen und Schulpflegschaft**

**Rang:** 89

**Stimmen pro:** 40

**Stimmen kontra:** 1

**Stimmen saldo:** 39

**Bezirke:**

**Vorschlagstext:**

Es wird gefordert, Geld für die Einrichtung und Administration eines webbasierten Netzwerkes für alle Kölner Schulen bereitzustellen. Diese Plattform, die sich an die Lehrkräfte und Schulverwaltung richtet, könnte für folgende Punkte genutzt werden: - Austausch von Erfahrungen (Diskussionsforum), -Bereitstellung von Informationen z. B. von Kommune (Schulverwaltungsamt)/Land -Beteiligungen an Projekten -Nutzung gemeinsamer Ressourcen -Informationsaustausch zu Fortbildungs- und Präventionsprogrammen -Einrichtung eines ?Marktplatzes? für überzähliges Inventar (s. auch Vorschlag Nr. 146) -Bereitstellung einer für Schulen nutzbaren Förderdatenbank z.B. abrufbare Förderprogramme zu Berufsorientierung (z.B. ?Zukunft fördern?) - Bereitstellung von Antragsformularen z. B. für die Beantragung von Fördermitteln, mit best practice für Bedienungsanleitung und wording -Bereitstellung von diversen Dokumenten, die damit schnell, jederzeit und für alle verfügbar sind. Auch der Bedarf der Schulpflegschaften kann hierbei Berücksichtigung finden. Deren Bereich beinhaltet zum einen die Schnittstellen der ?Schul-Plattform?, die für alle zugänglich sind und zum anderen einen ?internen, geschützten? Bereich, in dem sich die Schulpflegschaften untereinander informieren können. Die Investition für eine Informations- / Kommunikationsplattform sind Kosten, die sich lohnen und amortisieren. Durch gelebtes Wissensmanagement werden einerseits Kosten durch doppelte und parallel verlaufende Arbeiten eingespart, freiwerdende Ressourcen können an anderer Stelle (z.B. im pädagogischen Lehrbetrieb) genutzt werden, andererseits wird für Schülerinnen und Schüler ein weiterer Beitrag zur Chancengleichheit geleistet. Daher brauchen wir eine Informations- und Kommunikationsplattform für Kölner Schulen und Schulpflegschaften.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Derzeit beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe im Rahmen des Veränderungsprozesses der Schulen mit dem Thema. Der Abstimmungsprozess findet derzeit statt. Es ist davon auszugehen, dass bis zur Konferenz mit den Schulleitern im April erste Ergebnisse vorliegen. Bisher kann die Kostenhöhe noch nicht abgesehen werden.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **Bezirksvertretung Nippes**

##### **Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

#### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Be-

schlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanabschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 1381 / 90**

## **Obst und Gemüse an Schulen und Kindergärten**

**Rang:** 90

**Stimmen pro:** 41

**Stimmen kontra:** 2

**Stimmen saldo:** 39

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

... und zwar nicht aus dem Supermarkt, sondern selbst angebaut! Viele Schulen (z.B. die Berufsschule an der Weinsbergstraße oder die Grundschule in der Lindenbornstraße) und Kindergärten haben Freiflächen, auf denen statt der üblichen Ziergehölze Obst und Gemüse gesät und gepflanzt werden könnten. Zur Umsetzung würde sich entweder ein Profi finden, der sich um alles kümmert (siehe den Vorschlag Nr. 684 vom Stadtwinzer) oder es werden Projekt-AGs der Schüler und Kindergartenkinder gebildet. Das Vorhaben kostet nicht viel Geld, macht den Kindern Spaß, ein Bewusstsein dafür, wo unsere Lebensmittel herkommen, entsteht, die Bäume, Sträucher und Beete sehen gut aus und nicht zuletzt schmecken eine frisch aus der Erde gezupfte Möhre oder ein selbst gepflückter Apfel auch richtig gut. An die Redaktion: Eigentlich gehört dieser Vorschlag gleichzeitig zur Kategorie Umweltschutz.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtsbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Innere Schulangelegenheiten sind z. B. Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen. In diesem Fall kann das weitere Vorgehen nur in enger Abstimmung mit dem Land erfolgen.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:**

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 606 / 91**

**Schulsport**

**Rang:** 91

**Stimmen pro:** 43

**Stimmen kontra:** 4

**Stimmen saldo:** 39

**Bezirke:** Porz

**Vorschlagstext:**

Das Schulzentrum Wahn wartet schon seit dem Einigungsvertrag zwischen der ehem. Stadt Porz und der Stadt Köln auf eine reguläre und angemessene Außensportanlage. Vor ein paar Jahren wurde zwar der politische Beschluss gefasst, seit dem vertröstet die Verwaltung jedoch immer wieder von einem auf das nächste Jahr. Schulsport ist auch Bildung! Deshalb fordern wir die sofortige Realisierung der beschlossenen Außensportanlage für Schüler und Vereine in Porz-Wahn auf dem dafür vorgesehenen Gelände zwischen A 59, Nachtigallenstraße und Maximilian-Kolbe-Gymnasium.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Gebäudewirtschaft hat im Frühjahr 2009 das für den Bau der Sportanlage benötigte Grundstück, östlich des Gymnasiums Nachtigallenstr. 19 - 21 gelegen, gekauft. Im November 2009 wurde ein Bauantrag für die Errichtung einer zunächst reinen Schulsportanlage gestellt. Die Beschränkung auf die rein schulische Nutzung, entgegen der bis dahin vorgenommenen Planungen, ergab sich aus dem Umstand, dass gegen den bestehenden Bebauungsplan eine Anwohnerklage erhoben wurde. Diese Klage hatte auch Einfluss auf die Planungen für den Vereinssport. Es wurde daher entschieden, um die Errichtung der Anlage nicht weiter auf unbestimmte Zeit zu verschieben oder gar zu gefährden, die Anlage zunächst als Schulsportanlage zu errichten und sie in einem weiteren Schritt dann anschließend für die Belange des Vereinssports zu ertüchtigen. Der Bauantrag befindet sich zur Zeit in der Prüfphase. Mit dem Beginn der Arbeiten wird, sollten keine weiteren Einwände erhoben werden, voraussichtlich im 2. Quartal 2010 gerechnet. Kostenschätzung: Es muss nach dem derzeitigen Stand mit Baukosten in Höhe von 3.600.000 EUR sowie Einrichtungskosten

ten in Höhe von 20.000 EUR gerechnet werden.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.



**Nr: 323 / 92**

## **Geschlechtersensible Bildung**

**Rang:** 92

**Stimmen pro:** 53

**Stimmen kontra:** 15

**Stimmen saldo:** 38

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Dieser Tage hat der Deutsche Frauenrat geschlechtersensible Bildung gefordert. Er erwartet die Bereitstellung von Angeboten, die allen Kindern und Jugendlichen zugute kommen, unabhängig vom Geschlecht und vom familiären und sozialen Hintergrund. Vor allem Mütter wissen, dass ihre Söhne in der Bildung schlechter dastehen als ihre Töchter. Woher kommt dies? Liegt es an der Schule oder an der Erziehung in der Familie? Damit Eltern ihren Kindern gleiche Chancen bieten können, brauchen sie Information und Beratung. Der Kölner Bildungsbericht, der sich in Vorbereitung befindet, muss Empfehlungen geben, was Eltern in dieser Stadt für den gleichen Bildungserfolg ihrer Kinder tun können, ganz gleich, ob sie als Sohn oder Tochter zur Welt gekommen sind.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Das Land NRW ist als "oberste Schulaufsichtsbehörde" für die "inneren Schulangelegenheiten" zuständig und gibt den Rahmen vor. Fachaufsicht für Unterrichtsfächer und -inhalte, Beratungs- und Steuerungsfunktion bei schul- und schulformbezogenen Angelegenheiten, Feststellung des Unterrichtsbedarfs und Stellenbewirtschaftung, Qualitätsentwicklung und Sicherung von Schule und Unterricht, Koordination besonderer pädagogischer Projekte und Fördermaßnahmen.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 1254 / 93**

**Interkulturelle Elternarbeit sollte als präventive Möglichkeit für bildungsbenachteiligte Familien an weiteren Schulen in Köln eingerichtet werden**

**Rang:** 93

**Stimmen pro:** 41

**Stimmen kontra:** 3

**Stimmen saldo:** 38

**Bezirke:** Gesamt Köln

**Vorschlagstext:**

Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien, sei es mit oder ohne Migrationshintergrund, haben bessere Chancen einen guten Schulabschluss zu erreichen, wenn ihre Familien aktiv als Partner von Schulen gewonnen werden. Das gelingt z.Zt. schon durch interkulturelle Elternarbeit in Form von Mütterbildungscafés oder der Gründung von Elterninitiativen im Stadtbezirk Kalk und Chorweiler. Durch Träger der freien Jugendhilfe mit Mitarbeiterinnen die mehrsprachig sind und engagierte Lehrpersonal der Schulen, werden die Familien erreicht. Gerade Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund scheitern häufiger in der Schule und erhalten so keinen Zugang zum Ausbildungssystem. Geld für gescheiterte Jugendliche in den sogenannten Maßnahmen auf dem zweiten Ausbildungsmarkt, wäre langfristig sinnvoller in präventiver Arbeit angelegt. Erprobte Interkulturelle Elternarbeit sollte auf weitere Stadtbezirke in Köln ausgeweitet werden und am besten schon in den Grundschule beginnen.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Wissenschaft und Fachkräfte in der Praxis haben in den vergangenen Jahren zunehmend die Bedeutung von Elternarbeit erkannt. Das schlägt sich beispielsweise in der Ausweitung von Kindertagesstätten zu Familienzentren nieder. Auch viele Schulen haben Elterncafés eingerichtet und suchen intensivere Kontakte zu den Eltern ihrer Schülerinnen und Schüler. Diese Aufgabe wird vor allem den Elementar- und den Primarbereich des Bildungssystems beschäftigen. Es bedarf jedoch weiterer Prüfungen, z. B. wie viele Schulen müssten in welchem Umfang beteiligt sein, damit man von einem bedarfsgerechten Angebot sprechen könnte? Wie sähe eine Mini-

malversorgung aus? Ermittlung von Kosten etc. Derzeit wird ein "Bildungssekretariat" formiert, im Rahmen von "Lernen vor Ort" sollen möglichst alle Bildungsbereiche durchleuchtet und verbessert werden. Der Familienbildung ist in diesem Zusammenhang ein Teilprojekt gewidmet, welches zunächst auf drei Jahre angelegt ist. Es wäre zu prüfen, ob der Vorschlag im Rahmen dieses Projekts umgesetzt werden kann.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbe-

schluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 680 / 94**

## **Öko-Stromerzeugung und Unterrichtsprojekt der Henry-Ford-Realschule in Chorweiler**

**Rang:** 94

**Stimmen pro:** 40

**Stimmen kontra:** 4

**Stimmen saldo:** 36

**Bezirke:** Chorweiler

### **Vorschlagstext:**

Der Förderverein der Schule könnte in Zusammenarbeit mit einem Elektronik-Unternehmen vor Ort auf einem unverschatteten Teil des Schuldachs eine Solarstromanlage (Photovoltaik) errichten. Zugleich sollte innerhalb des Schulgebäudes die Kontroll- und Steuerungseinheit für die Solaranlage errichtet werden, inklusive eines weithin sichtbaren Solarstrom-Erzeugungszählers. Die gesamte Anlage sollte intensiv im Unterricht genutzt werden. Die Finanzierung des Bauplans, die Baugenehmigung, Kreditabsicherung und Risikoversicherung sollten durch die Stadt Köln erfolgen, die Planung durch die Betreiber, die Finanzierung durch die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) oder Banken mit vergleichbaren Fördermöglichkeiten. Der erzeugte Strom würde ins öffentliche Netz eingespeist, der Erlös aus der dafür gezahlten Einspeisevergütung würde zur Abzahlung des Kredits (ca. 15 Jahre bis zur Amortisation) dienen und die möglichen Gewinne für Re-Investitionen in das Öko- und Unterrichtsprojekt.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die solare Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen muss sich in erster Linie wirtschaftlich darstellen lassen. Dazu ist es erforderlich, dass sich die anfallenden Investitions- und Betriebskosten einer Photovoltaikanlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes amortisieren. Dieser ist in der Regel auf 20 Jahre begrenzt, da nur für diesen Zeitraum durch den Gesetzgeber eine festgelegte Vergütung für den erzeugten und in das öffentliche Netz eingespeisten Strom durch den örtlichen Stromlieferanten gesichert vergütet wird. Eine Eigennutzung von solar erzeugtem Strom in einer Schule und einer damit einhergehenden Einsparung andernfalls eingekauften

Stroms ist bei den städtischen Strombezugskonditionen nicht wirtschaftlich. Aufgrund der steuerlichen Situation der Stadt Köln lässt sich bis zum Ablauf der Amortisationszeit kein Überschuss erzielen, so dass bei der Betreuung von Photovoltaikanlagen in Eigenregie durch die Stadt Köln auch keine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden kann. Unabhängig hiervon stellt die Stadt Köln jedoch Interessenten, u.a. auch Fördervereinen von Schulen, geeignete Dachflächen auf städtischen Schulgebäuden für die Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung. Hierbei ist jedoch eine Übernahme der den Anlagebetreibern entstehenden Investitions- und Betriebskosten durch die Kommune nicht möglich, wobei insbesondere die Risikoübernahme einer Kreditabsicherung nach der Gemeindeordnung für das Land NRW nicht zulässig ist.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 368 / 95**

## **Musikkultur am Ubirring**

**Rang:** 95

**Stimmen pro:** 46

**Stimmen kontra:** 10

**Stimmen saldo:** 36

**Bezirke:** Innenstadt

### **Vorschlagstext:**

Das frühere Museum f. Völkerkunde soll erneuert und als "Haus für Musik" wiedereröffnet werden. Das Haus soll aufnehmen: a. Die Rheinische Musikschule b. Einen Kammermusiksaal c. Räumlichkeiten zur Vermietung für musikbezogene Einrichtungen, z.B. Verlage, Agenturen, Aufnahmestudios, Musikalienhandlungen, Übungsräume, usw.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Planungen zur Nutzung des Gebäudes befinden sich bereits in der Vorbereitung. In einem ersten Schritt werden stadintern die Kosten für eine Grundsanierung zur Nutzung des Gebäudes durch die Rheinische Musikschule ermittelt. Es ist mit einem zweistelligen Millionenbetrag zu rechnen. Auf dieser Basis soll dann bis zum Sommer mit den beiden potentiellen zukünftigen Nutzern "Rheinische Musikschule" (Haus der Musik) und "Luxet" (Haus des Films und der Medien) über deren Vorstellungen (auch unter finanziellen Aspekten) gesprochen werden. Für den Herbst 2010 soll eine entsprechende Ratsvorlage vorbereitet werden. Das Gebäude wird im Sommer 2011 komplett geräumt sein.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Nr: 905 / 96**

## **Entwicklungspolitische Bildung verstärken!**

**Rang:** 96

**Stimmen pro:** 45

**Stimmen kontra:** 11

**Stimmen saldo:** 34

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Um den Themenbereich Entwicklungspolitische Bildung für Kölner SchülerInnen aufzubereiten ist die Einrichtung einer Koordinations-Stelle am Schulverwaltungsamt erforderlich. Die Internationalisierung der kommunalen Gemeinschaft zeigt sich nicht zu letzt in Kölner Schulen. Eine Aufgabe der/des Entwicklungspolitischen Beauftragten ist es, die kommunale Umsetzung der UNO-Millenniumsentwicklungsziele (MDG: Millennium Development Goals = Weltweiter Plan zur Reduzierung von Armut, Hunger, Unterentwicklung und für mehr Gleichberechtigung) an Kölner Schulen zu unterstützen. Ferner existiert bundesweit eine zunehmende Anzahl von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen und Einrichtungen, die sich mit internationalen Schüleraustauschprogrammen ? auch mit Schulen aus Entwicklungsländern ? und in der Entwicklungszusammenarbeit international engagieren. Aber weiterhin verlässt entwicklungspolitisches Engagement oft nicht den Rahmen einer einzelnen Schule. Um hier eineN AnsprechpartnerIn im Dickicht der Vielzahl an Organisationen zu haben und ein partnerschaftliches Engagement über Kölner Schulen hinweg zu ermöglichen ist eine Koordinations-Stelle sinnvoll. Minimalanforderungen an die/den EntwicklungspolitischeN BildungsbeauftragteN sind ein kompetenter entwicklungspolitischer Hintergrund sowie ausgeprägte Vernetzungsfähigkeiten. Dieser Vorschlag entwickelte sich in Anlehnung an das vom Rat 2008 beschlossene ?Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele?.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die festgelegten Milleniumsziele sollten für den Bereich der Schulverwaltung durch die Unterstützung von internationalen Schüleraustauschprogrammen unterstützt werden. Die Entscheidung, eine für diese Aufgabe beantragte Stelle zu genehmigen,

wurde durch den Rat zunächst vertagt. Eine Genehmigung müsste neu aufgegriffen werden.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

##### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 1554 / 97**

## **Ausbau von Grundschulen in Ganztagschulen unter Berücksichtigungen von Quantitäts- und Qualitätsansprüchen**

**Rang:** 97

**Stimmen pro:** 34

**Stimmen kontra:** 1

**Stimmen saldo:** 33

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Der Ausbau von Grundschulen zu Ganztagschulen muss noch intensiver unterstützt und schneller umgesetzt werden: Bei der Umsetzung des Ausbaus müssen verstärkt sowohl Bedürfnisse von Familien an Quantität, d.h. Anzahl an Plätzen und Öffnungszeiten als auch neueste wissenschaftliche Erkenntnisse z.B. bzgl. Architektur (z.B. Verwendung von lärmdämmenden Materialien beim Innenausbau in freundlichen Farben) und bzgl. Pädagogik (z.B. Auflösung des 45-Minuten-Taktes, Abwechseln von Lern-, Erholungs-, kreativen und sportlichen Phasen) unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Unternehmen zu Qualitätsstandards einfließen: z.B. -Verkleinerung von Gruppen -mehr Räume in den Einrichtungen - Gewährleistung von Ruhezeiten -Qualifizierte Hausaufgabenbetreuung -Transparenz und regelmäßiger Informationsaustausch zwischen Schule und Träger, und zwischen LehrerInnen und betreuenden Personen in Rückkopplung mit den Eltern

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Beschrieben wird in der Eingabe der „Ausbau von Grundschulen in gebundene Ganztagschulen“. Hierzu fehlt bislang sowohl die finanzielle wie auch rechtsgestaltende Unterstützung des Landes. Trotzdem begeben sich Schulleitungen und Trägervereine innerhalb des Systems Offene Ganztagschule auf den Weg zum rhythmisierten Schultag. Was die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Offenen Ganztagschulen anbelangt, so führt die Schulverwaltung in quantitativer Hinsicht jährlich eine Bedarfserhebung und anschließende Abstimmung mit allen Schulleitungen und Trägervereinen über das zum folgenden Schuljahr benötigte Kontingent durch. Hier wird zunächst geprüft, ob durch an einzelnen Standorten existierende Minderbedarfe an-

derweitig bestehende Mehrbedarfe aufgefangen werden können. Aufgrund des bis dato noch ausstehenden Gesamtergebnisses kann noch keine Aussage getroffen werden, ob das gesamtstädtische Platzkontingent zur Deckung des Bedarfes ausreicht. Für die Verlängerung der Öffnungszeiten um 1 Stunde über 16.00 Uhr hinaus oder vor 8.00 Uhr wird eine kommunale Zusatzförderung je Schulstandort gezahlt. Ebenso gehört es bereits zu dem gelebten Ganztagskonzept der Schulen, dass u. a. durch die Teilnahme der/des von dem Trägerverein eingesetzten Koordinator/in an den Sitzungen der schulischen Gremien ein regelmäßiger Austausch zwischen Träger, Schulleitung und Kollegium gewährleistet ist. Auch finden - allerdings noch nicht allorts und die Zustimmung der Eltern vorausgesetzt - gemeinsame Sprechtage statt, bei denen OGTS-Leitungen gemeinsam mit Lehrer/innen die Eltern beraten. Die zeitlichen Korridore hierfür sind allerdings sehr begrenzt.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

###### **Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 186 / 98**

## **Bereitstellung Bustransfer für Schulausflüge**

**Rang:** 98

**Stimmen pro:** 35

**Stimmen kontra:** 3

**Stimmen saldo:** 32

**Bezirke:** Gesamt Köln

### **Vorschlagstext:**

Ausflüge im Rahmen des Schulunterrichts lassen sich nur schwer planen und umsetzen, da für Ausflüge außerhalb der Stadt oder Ausflugsorte mit schlechter Bus- oder Bahnverbindung Busunternehmen, die sehr teuer sind, beauftragt werden müssen. In anderen Städten stehen Schulen kostenlos Busse der Stadt für Ausflugsfahrten zu Verfügung.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Kostenlose Busfahrten muss der Schulträger zu außerschulischen Unterrichtsorten anbieten, wenn lehrplanmäßiger Unterricht nur dort und nicht in der Schule stattfinden kann. Der Anspruch hängt allerdings auch davon ab, ob alle anderen Möglichkeiten (ÖPNV, zu Fuß) nicht in Betracht kommen. In diesem Zusammenhang werden z.B. etliche Busse zu Schwimmhallen eingesetzt. I.d.R. kann der lehrplanmäßige Unterricht in der Schule stattfinden. Hier besteht kein Anspruch auf Busfahrten zu außerschulischen Unterrichtsorten oder Ausflugszielen. Eine Kostenschätzung ist definitiv nicht möglich. Dem Schulträger liegen keine Informationen über den möglichen Bedarf der Schulen vor. Eine diesbezügliche Anfrage wäre unverhältnismäßig aufwändig.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

#### **Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und lehnt den Vorschlag ab.

### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV lehnt den Vorschlag ab

### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

**Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.



**Nr: 1261 / 99**

**Erweiterte Sporträume für den Offenen Ganzttag KGS Mainzer Str.**

**Rang:** 99

**Stimmen pro:** 34

**Stimmen kontra:** 2

**Stimmen saldo:** 32

**Bezirke:** Innenstadt

**Vorschlagstext:**

Sehr geehrte Damen und Herren, ich schlage vor, dass die Halle der Kath. Grundschule in der Mainzer Straße mit Sporträumen kurzfristig aufgestockt wird (Konjunkturpaket II), um für den größten Offenen Ganzttag und den Kölner Turnerbund (KTB) ausreichende Sporträume zu schaffen (z.B. in Fertigbauweise). Der Offene Ganzttag in der Mainzer Straße ist politisch gewollt und eingerichtet worden, weil es in der Südstadt einen riesigen Betreuungsbedarf für beschäftigte Eltern gibt. Es gibt dort aber auch einen sehr großen Bedarf an Bewegungsangeboten im Bereich Eltern-Kind-Turnen und dem Kinderturnen, den der KTB wegen fehlender Sporträume nicht abdecken kann. Was bei der Einrichtung des Offenen Ganztags nicht bedacht wurde ist, dass dadurch im Nachmittagsbereich die Sporthalle in der Mainzer Straße durch die Schule belegt werden muss, wenn sie die Vorgaben für zumindest (!) ein Sportangebot für die 14 Gruppen machen will (speziell in den Zeiten zwischen 15.00 und 17.30 Uhr). Dadurch ist für das Kinderturnen und Eltern-Kind-Turnen im KTB kein Platz mehr. Ein konstruktives Miteinander von Schule und Verein, inkl. der klar erkennbaren Synergieeffekte, bedarf weiterer Sporträume.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Schulverwaltung wird den Vorschlag zum Anlass nehmen, um gemeinsam mit der Sportverwaltung die Bedarfe der Schule, einschließlich derer der außerunterrichtlichen Angebote der Offenen Ganzttagsschule, sowie die der umliegenden Sportvereine zusammenzutragen. Den hierdurch ermittelten Bedarfen werden die vorhandenen Sportgelegenheiten im Umfeld der KGS Mainzer Str. gegenübergestellt. Sollten sich hierbei Defizite ergeben, sind weitere Überlegungen zur Deckung der Bedarfe

erforderlich.

**Voten Bezirksvertretungen:**

**Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

# Bereich Umweltschutz

Nr: 148 / 35

## Photovoltaikanlagen auf Schuldächern

**Rang:** 35

**Stimmen pro:** 66

**Stimmen kontra:** 5

**Stimmen saldo:** 61

**Bezirke:** Gesamt Köln

### Vorschlagstext:

Zur Förderung von regenerativen Energien sollte die Stadt viele Photovoltaikanlagen auf Schuldächern errichten und den erzeugten Strom in das öffentliche Stromnetz einspeisen. Diese Anlagen amortisieren (rechnen) sich in der Regel nach 10 - 15 Jahren. Danach erzielen sie also Gewinne für die städtische Kasse. Zugleich dienen diese Anlagen als Anschauungsmaterial für Schüler und Lehrer.

### Stellungnahme der Verwaltung:

Die solare Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen muss sich in erster Linie wirtschaftlich darstellen lassen. Dazu ist es erforderlich, dass sich die anfallenden Investitions- und Betriebskosten einer Photovoltaikanlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes amortisieren. Dieser ist in der Regel auf 20 Jahre begrenzt, da nur für diesen Zeitraum durch den Gesetzgeber eine festgelegte Vergütung für den erzeugten und in das öffentliche Netz eingespeisten Strom durch den örtlichen Stromlieferanten gesichert vergütet wird. Eine Eigennutzung von solar erzeugtem Strom in einer Schule und einer damit einhergehenden Einsparung andernfalls eingekauften Stroms ist bei den städtischen Strombezugskonditionen nicht wirtschaftlich. Aufgrund der steuerlichen Situation der Stadt Köln lässt sich bis zum Ablauf der Amortisationszeit kein Überschuss erzielen, so dass bei der Betreibung von Photovoltaikanlagen in Eigenregie durch die Stadt Köln auch nicht eine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden kann. Unabhängig hiervon stellt die Stadt Köln jedoch Interessenten, u.a. auch Fördervereinen von Schulen, geeignete Dachflächen auf städtischen Schulgebäuden für die Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung.

Allerdings ist eine Übernahme der den privaten Anlagebetreibern entstehenden Investitions- und Betriebskosten durch die Stadt Köln nicht möglich.

#### **Voten Bezirksvertretungen:**

##### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:** Über im Bereich "Umwelt" nicht zur Umsetzung empfohlene Vorschläge wird die BV 1 zukünftig auf Antrag entscheiden und ggf. empfehlen, sie in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

##### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

##### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbe-

schluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

**Nr: 302 / 69**

## **Solaranlagen auf ie Schuldächer**

**Rang:** 69

**Stimmen pro:** 42

**Stimmen kontra:** 4

**Stimmen saldo:** 38

**Bezirke:**

### **Vorschlagstext:**

Sehr viele Schuldächer sind zur Zeit ungenutzt, aber aufgrund ihrer Lage sehr gut geeignet mittels Solaranlagen als Stromerzeuger zu dienen. So könnten die Schulen einen Teil der benötigten Energie selber erzeugen und in den Ferienzeiten, wo in der Schule wenig Strom benötigt wird, diesen in das Netz der RheinEnergie zurückspeisen. Solarenergie entlastet die Umwelt und ist als regenierbare Energie nahezu unbegrenzt vorrätig. Mittelfristig lassen sich unnötige Energiekosten einsparen.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die solare Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen muss sich in erster Linie wirtschaftlich darstellen lassen. Dazu ist es erforderlich, dass sich die anfallenden Investitions- und Betriebskosten einer Photovoltaikanlage innerhalb eines angemessenen Zeitraumes amortisieren. Dieser ist in der Regel auf 20 Jahre begrenzt, da nur für diesen Zeitraum durch den Gesetzgeber eine festgelegte Vergütung für den erzeugten und in das öffentliche Netz eingespeisten Strom durch den örtlichen Stromlieferanten gesichert vergütet wird. Eine Eigennutzung von solar erzeugtem Strom in einer Schule und einer damit einhergehenden Einsparung andernfalls eingekauften Stroms ist bei den städtischen Strombezugskonditionen nicht wirtschaftlich. Aufgrund der steuerlichen Situation der Stadt Köln lässt sich bis zum Ablauf der Amortisationszeit kein Überschuss erzielen, so dass bei der Betreibung von Photovoltaikanlagen in Eigenregie durch die Stadt Köln auch nicht eine Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden kann. Unabhängig hiervon stellt die Stadt Köln jedoch Interessenten, u.a. auch Fördervereinen von Schulen, geeignete Dachflächen auf städtischen Schulgebäuden für die Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung. Allerdings ist eine Übernahme der den privaten Anlagebetreibern entstehenden In-

vestitions- und Betriebskosten durch die Stadt Köln nicht möglich.

### **Voten Bezirksvertretungen:**

#### **Bezirksvertretung Innenstadt**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Rodenkirchen**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

#### **Bezirksvertretung Lindenthal**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Ehrenfeld**

**Freitext:** Die BV 4 behält sich vor, unabhängig vom Votum der Verwaltung, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt in Anträgen aufzugreifen.

**Votum:** Die BV nimmt den Vorschlag und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **Bezirksvertretung Nippes**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV stimmt dem Vorschlag zu.

#### **Bezirksvertretung Chorweiler**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Chorweiler folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge wie sie der Bezirksvertretung Chorweiler vorlegt wurden. Zu den nicht positiv beschiedenen Vorschlägen, die jedoch teilweise sehr sinnvoll sind, hält die Bezirksvertretung sich vor, zukünftig entsprechende Anträge zu stellen und Beschlüsse zu fassen. Zudem wird der Rat aufgefordert, in seinem Haushaltsplanbeschluss 2010 auf Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich einschließlich der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen zu verzichten.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.

### **Bezirksvertretung Porz**

**Freitext:** Änderungsantrag zur Sondersitzung der BV Porz am 25.02.2010 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Die Verwaltung soll die Öffentlichkeitsarbeit für die Einrichtung von Bürgersolaranlagen auf städtischen Dächern offensiv verstärken, um vermehrt solche Anlagen zu ermöglichen. Dafür soll auch eine gezielte Information in den Schulen mit geeigneten Dächern erfolgen (siehe auch Vorschlag 673 / 71).

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung stimmt dem Vorschlag mit Änderungen zu.

### **Bezirksvertretung Kalk**

**Freitext:**

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung und stimmt dem Vorschlag zu.

### **Bezirksvertretung Mülheim**

**Freitext:** Die Bezirksvertretung Mülheim folgt dem Votum der Verwaltung und empfiehlt dem Rat die Umsetzung der durch die Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge.

**Votum:** Die BV folgt dem Votum der Verwaltung.